Nr. 120 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Donnerstag, den 27. Mai 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen: Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Abd el Krims Schicksal.

Der von allen Hilfsmitteln entblößte Rif-Führer hat sich den Franzosen ausgeliefert.

In freiwilliger Gefangenschaft.

Paris, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Aus Marokko wird amtlich mitgeteilt, daß Abd el Krim sich am Mittwoch ergeben hat. Er hat sich den französischen Vorposten als Gefangener gestellt und sich dem Schutze der französischen Militärgewalt überantwortet. In Taza, wohin er geschafft wird, erwartet man die weiteren Anweisungen des Generalresidenten Steeg. Die französischen Kriegsgefangenen hat er bereits in den ersten Morgenstunden ins französische Lager zurückgeschickt, wo sie mit militärischen Ehren empfangen wurden. Die militärischen Ereignisse, die dieser Kapitulation vorangegangen sind und sie beschleunigt haben, bestehen vor allem in der Erstürmung des Djebel Hamas, wodurch die französischen Truppen alle Ziele erreicht haben, die ihnen seinerzeit durch das Madrider Abkommen vorgezeichnet wurden.

Nunmehr ergibt sich die weitere Frage nach dem politischen und verwaltungsmäßigen Schicksal des Rifgebietes, da die französischen Truppen den von ihnen besetzten Teil der spanischen Zone zu räumen gezwungen sind. Andererseits sind die Franzosen der Auffassung, daß die Spanier, wie namentlich die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, nicht in der Lage sind, eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dieser Zone zu bieten. Infolgedessen wird man von französischer Seite die Einräumung einer administrativen Autonomie für das Rifgebiet vorschlagen, da man der Hoffnung ist, daß sie den kriegerischen Geist der Rifstämme dämpfen wird.

Paris, 27. Mai. (Radiomeldung.)

Die Zahl der von Abd el Krim freigelassenen französischen Gefangenen beträgt sechs Offiziere, acht Unteroffiziere, 27 französische Soldaten und 112 Eingeborene. Die Zahl der freigelassenen spanischen Gefangenen beträgt 105 Soldaten und 25 Zivilgefangene.

Die Nachricht von der Unterwerfung Abd el Krims, die durch Extrablätter am Mittwochabend bekanntgegeben wurde, hatte ein merkliches Anziehen des Frankenkurses zur Folge. Das Pfund fiel von 150 auf 147,70, der Dollar von 30,85 auf 30,55.

*

Die ungeheuren Machtmittel der französisch-spanischen Imperialisten haben also Abd el Krim schneller als man dachte auf die Knie gezwungen. Und doch kommt die Nachricht von seiner bedingungslosen Kapitulation nicht überraschend. Nach dem Verlust von Targuist, wohin er sich nach der Eroberung seines Hauptquartiers Aschdir zurückgezogen hatte, war Abd el Krim in die Berge des westlichen Rifgebietes geflohen. Von dort aus hätte er vielleicht noch eine Weile lang den französischen Truppen Unbequemlichkeiten bereiten können, aber er hatte keinerlei Aussicht noch einmal das verlorene Terrain zurückzugewinnen. Die Stämme, die ein Jahr lang unter ihm gekämpft hatten, waren abgefallen und kriegsmüde zu den Eroberern übergegangen. Das ganze östliche Rifgebiet hat sich den Franzosen und Spaniern unterworfen, zwischen denen jetzt enge Fühlung besteht. Abd el Krim, dessen Figur sich der Phantasie für lange eingeprägt haben dürfte, hat sich nun mit seiner ganzen Familie den Franzosen selbst gestellt, um nicht in die Hände der rachelüsternen Spanier zu fallen. Ob die französischen Militaristen ihren Siegesjaumel werde zügeln können, wird sich bald zeigen.

Die Entwicklung in Polen.

Die Stellung der Sozialistischen Partei Polens zur politischen Lage.

Von M. Niedzialkowsky,
Abgeordneter und Vizepräsident des Zentralkomitees der PPS.

Warschau, am 19. Mai 1926.

Das Kabinett Witos, das über eine kleine Mehrheit im Parlament verfügte, repräsentierte die vereinigte Reaktion. Den rechten Flügel der Regierungsmehrheit bildete die monarchistische Gruppe. Die eigene Partei des Herrn Witos, eine gemäßigte Bauernpartei, wurde innerhalb der Mehrheit durch die reaktionären Parteien niedergehalten. Der organisierte Fascismus bereitete, unter dem äußeren Anschein der Gesetzlichkeit, einen Staatsstreich vor. Unter diesen Bedingungen mußte die Polnische Sozialistische Partei auf eine Periode sehr schwerer Kämpfe gefaßt sein.

Am 11. Mai verfügte die Regierung die Versetzung zweier „sicherer" Regimenter von Posen nach Warschau. Diese Versetzung hat in verschiedenen anderen Regimentern, die der Demokratie treu ergeben sind, einen militärischen Aufstand erregt, weil man in dieser Truppenverschiebung den Versuch der Verhaftung Pilsudskis und den Beginn einer Politik reaktionärer Provokation erblickte. Wir haben eine derartige militärische Aktion nicht erwartet, aber die durch diese Aktion gesetzten Tatsachen haben uns vor die Notwendigkeit gestellt, am Kampfe teilzunehmen.

In der letzten Zeit waren die Beziehungen der Partei zum Marschall Pilsudski eher gespannte. Aber die Militärrevolte des Marschalls gegen die herrschende Reaktion hat sofort einen hochaufschäumenden Enthusiasmus unter den Arbeitermassen ausgelöst. Umgekehrt hätte ein Sieg der Regierung eine schreckliche Rache an der Arbeiterklasse und der ganzen Demokratie bedeuten müssen und würde ohne Zweifel zu einer Militärdiktatur im rein fascistischen Sinne geführt haben. Dazu kommt, daß Pilsudski im Volke persönlich sehr populär ist.

In dieser Lage hatten wir keine Zeit, uns Ueberlegungen hinzugeben; wir mußten mit Pilsudski marschieren, weil er gegen die Reaktion marschierte. Das Zentralexekutivkomitee hat daher den Generalstreik proklamiert, im besonderen den Streik der Eisenbahner, um das Vorrücken der reaktionären Regimenter zu hindern; eine große Zahl von Arbeitern ist in die Reihen der Truppen eingetreten, um am Kampfe teilzunehmen.

Alle anderen sozialistischen Parteien — die Deutsche Sozialdemokratische Partei, der Jüdische Bund, der Verband Poale Zion, die Gruppe Drobner — und sogar die Kommunisten haben eine analoge Haltung eingenommen. Pilsudski hat den Sieg errungen, zum großen Teil Dank der Hilfe der Arbeiterschaft. Er hat gesiegt und schloß, nachdem die Demission des Kabinetts und des Präsidenten der Republik erfolgt war, ein Kompromiß, indem er die oberste Gewalt, gemäß der Verfassung, in die Hände des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses, des Herrn Rataj, legte und eine linksliberale Regierung mit Herrn Bartel als Ministerpräsidenten bilden ließ.

Das ist die gegenwärtige Lage. Meinerseits habe ich sie folgendermaßen definiert:

1. Die Revolution Pilsudskis war eine rein politische und — wenn man so sagen darf — negative: sie hatte zum Ziel den Sturz der reaktionären Regierung, der Reaktion, die die Macht ergriffen hatte.

2. Sie hat die Macht aus den Händen der fascistischen Reaktion in die Hände des radikalen Liberalismus überführt, indem sie sich auf einen Teil der Armee stützte.

3. Sie hat zu wenig lange gedauert, um der Arbeiterklasse zu ermöglichen, ihr eine Entwicklung in sozialer und ökonomischer Richtung zu geben.

Andererseits ist aber folgendes zu konstatieren:

1. Die Arbeiterklasse hat eine sichtliche Schwächung der Reaktion errungen.

2. Die Arbeiterklasse hat ihre eigenen Kräfte wesentlich gestärkt, sie hat den revolutionären Enthusiasmus wieder gefunden, sie hat sich vollständig die Parolen der Partei zu eigen gemacht.

3. Die Partei hat eine starke Arbeiterwehr organisiert, sie hat sich in den militärischen Kreisen ein ernstes Prestige geschaffen.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Partei Polens (PPS.) hat die folgenden Parolen ausgegeben:

a) Auflösung der Kammer und des Senats.

b) Sofortige Neuwahlen.

c) Bildung einer Regierung der Sozialisten und Bauern auf der Basis eines klar definierten Programms in ökonomischer, sozialer, politischer Richtung und in der Frage der nationalen Minderheiten.

Zusammenfassend kann man, wenn man die verschiedenen Möglichkeiten der Entwicklung der Ereignisse ins Auge faßt, folgende Eventualitäten für die Zukunft unterscheiden:

1. Entweder entwickelt sich die gegenwärtige Regierung im Sinne einer Militärdiktatur, dann wäre der Konflikt mit der Arbeiterklasse unmittelbar gegeben.

2. Oder die Regierung wird, wie sie es erklärt, im Sinne der Demokratie vorgehen, dann wird das Parlament aufgelöst, Neuwahlen ausgeschrieben, die sozialistische Bewegung erhält Zugeständnisse und alle Kräfte sind dann auf den Wahlkampf zu konzentrieren.

3. Oder endlich es kommt zum Bürgerkrieg mit der Reaktion in Polen, dann würde die Notwendigkeit einer sozialistischen oder nahezu sozialistischen Regierung hervortreten.

Im Augenblick ist die zweite Möglichkeit die wahrscheinlichste, sie ist auch — in Hinblick auf die ökonomische Krise des Landes — die vorteilhafteste für den Sozialismus und das Proletariat. Die Arbeit der Partei steuert auf sie hin.

Gegenüber dem Kabinett Bartel nehmen wir eine abwartende Haltung ein. Wir haben ihm ein Minimalprogramm in ökonomischer sozialer und politischer Richtung sowie betreffend das

Französischer Parteitag.

Ablehnung jeder Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung. / Ablehnung auch der kommunistischen „Einheitsfront".

Paris, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei war am Mittwoch die Resolutionskommission den ganzen Tag über damit beschäftigt, eine einheitliche Entschließung zur allgemeinen Politik abzufassen. Der Parteitag erörterte organisatorische Fragen. Von der Gründung einer Tageszeitung muß einstweilen Abstand genommen werden, da die erforderlichen Mittel fehlen. Eine längere Auseinandersetzung drehte sich um die Haltung der Partei zu den Kolonialfragen und deren Einordnung in das Programm der Internationale. Der Vertreter von Marokko forderte die Partei auf, von der Regierung die sofortige Einstellung der militärischen Operationen in Marokko zu verlangen.

Paris, 27. Mai. (Radiomeldung.)

Der sozialistische Parteitag ist am Mittwochabend zu Ende gegangen, ohne daß es gelungen ist, eine Einigung zwischen den drei Richtungen herbeizuführen. Die Gruppe Renaudel hatte zwar zum Schluß darauf verzichtet, eine besondere Entschließung vorzulegen, hat sich aber auch nicht der Entschließung der Mehrheit angeschlossen, weil sie deren Standpunkt in der Frage der Parteidisziplin nicht teilt. Bei der Schlußabstimmung standen sich zwei Entschließungen, die der Mehrheit, gezeichnet von Zyromski, Lebas, Leon Blum, Brake und Paul Faure, sowie die der äußersten Linken, gezeichnet von Maurin, der sich den von Compere-Morel vorgeschlagenen Wortlaut zu eigen gemacht hat, gegenüber. Die Gruppe Renaudel hatte beschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten und auch darauf verzichtet, Vertreter in die Parteileitung zu entsenden. Genosse Marquet erklärte zur Begründung dieser Haltung, daß es sich keineswegs um eine systematische Opposition handele. Aber der Einigungsversuch sei gescheitert in der Frage der Disziplin der einzelnen Mitglieder, während man sich über die Grundsätze der Politik einig geworden sei. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde beschlossen, drei Abstimmungen vorzunehmen: eine zur allgemeinen Politik, eine über die Disziplinverfehlungen und eine über die Gesamtentschließung. Trotzdem erklärte Renaudel, daß er und seine Gruppe sich enthalten werden. „Diese Stunde", versicherte er, „ist die schmerzlichste meines sozialistischen Daseins."

Bei der Abstimmung wurde der erste Teil der Entschließung zur allgemeinen Politik mit 2288 Mandaten bei 694 Enthaltungen und 114 Abwesenden angenommen. Der zweite Teil der Entschließung über die Parteidisziplin erhielt 1895 Stimmen bei 895 Enthaltungen; 312 (Gruppe Maurin) stimmten dagegen. Die gesamte Entschließung fand dann mit 2249 gegen 166 (Gruppe Maurin) bei 685 Enthaltungen Annahme. Bei der Ernennung der Mitglieder der Parteileitung durch den Parteitag wurde beschlossen, die Plätze für die Gruppe Renaudel offen zu lassen, in der Hoffnung, daß Renaudel und seine Freunde auf ihren Entschluß verzichten werden.

Die vom Kongreß angenommene Entschließung wiederholt in ihrem ersten Teil die von Leon Blum vorgetragene Auffassung über die allgemeine Politik der Partei. Sie lehnt jede Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung ab und erklärt sich für die Politik der Unterstützung jeder Regierung gegenüber, die sich das sozialistische Programm zur Finanzpolitik zu eigen macht. Jeder anderen Regierung gegenüber wird die sozialistische Kammerfraktion eine oppositionelle Haltung einnehmen müssen. Die Einheitsfront mit den Kommunisten wird abgelehnt. Der letzte Teil der Entschließung wendet sich gegen die häufigen Fälle von Parteidisziplinbruch und rügt sie scharf. Von besonderen Maßnahmen wird für den Augenblick zwar nicht gesprochen, jedoch werden solche für die Zukunft im Falle der Wiederholung angekündigt.

Breitscheid über die Verständigungspolitik.

Paris, 27. Mai. (Radiomeldung.)

In einer öffentlichen Versammlung in Clermont-Ferrand anläßlich des sozialistischen Parteitages sprach als Vertreter Deutschlands Genosse Breitscheid. Er legte die Gründe dar, weshalb die deutsche Partei für den deutsch-russischen Vertrag abstimmt hat. Der Grund sei gewesen, durch diesen Vertrag Rußland in das System des europäischen Friedens einzubeziehen und Deutschland gleichzeitig zu einer Brücke der Verständigung zwischen Ost und West werden zu lassen. Breitscheid unterstrich außerdem das große Interesse, das die übrigen Völker Europas an der Aufrechterhaltung der Republik in Deutschland haben müßten, da die republikanische Staatsform eine der Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Friedens sei.

Internationaler Gerichtshof.

Ein neues Urteil zugunsten Deutschlands.

Amsterdam, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Internationale Gerichtshof im Haag erkannte die Berechtigung des deutschen Anspruches gegen die Beschlagnahme der oberschlesischen Stickstoffabrik Chorzow durch Polen an und erklärte die Liquidierung des deutschen Eigentums in Polnisch-Oberschlesien als teilweise nicht vereinbar mit der Genfer Konvention.

*

Nach mehr als einjähriger Dauer ist damit vor dem ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag ein deutsch-polnischer Prozeß zu Ende gegangen, bei dem es sich um oberschlesische Streitfragen handelte. Wie in den meisten Liquidationsfällen hat Deutschland auch in diesem bedeutungsvollen Prozeß recht bekommen. Bemerkenswert ist, daß wiederum eine flagrante Verletzung völkerrechtlicher Pflichten durch Polen festgestellt wurde. Vielleicht bringt das Urteil die neue polnische Regierung zur Einsicht und zu einer Aenderung der bisherigen polnischen Politik, an deren Stelle zum beiderseitigen Vorteil eine deutsch-polnische Verständigung sich setzen ließe.

Kanzlerkandidat Neumann gestürzt

Das Mißtrauensvotum gegen den Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann angenommen.

Lübeck, 26. Mai. (WTB.)

In der heutigen Bürgerschaftssitzung wurde der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann mit 48 gegen 33 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Demokraten mit einer Ausnahme sowie die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Nach der Lübecker Verfassung ist eine nochmalige Abstimmung erforderlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260527-19/fragment/page=0001

Problem der Minoritäten vorgelegt. Wir haben die Vorschläge der Kommunisten über die „Einheitsfront" abgelehnt. Wir sind in ständiger Fühlung mit den deutschen und jüdischen Sozialisten und mit den Bauernparteien der Linken. Die Partei hat vollständig klar ihre Prinzipien und die Prinzipien der Internationale gewahrt.

Im Augenblick spielt der Kommunismus keinerlei ernst zu nehmende Rolle. Die Sozialistische Partei Polens (PPS.) hat sich als die einzig führende Kraft der Arbeitermassen erwiesen.

*

Anmerkung der Redaktion: Den vorstehenden Artikel des Genossen Niedzialkowski veröffentlichen wir, um die Stellung der polnischen Sozialdemokratie zu Pilsudskis Staatsstreich zu zeigen. Die Voraussetzungen, die daran geknüpft wurden, sind allerdings durch Pilsudskis Verhalten nicht eingetroffen. Zur Kennzeichnung der jetzigen politischen Lage in Polen lassen wir daher noch einen Aufsatz aus einem im „Vorwärts" erschienenen Artikel des polnischen Abgeordneten Genossen Zerbe folgen, der später geschrieben wurde als Niedzialkowskis Artikel. Genosse Zerbe schreibt:

„Es muß hervorgehoben werden, daß Pilsudski einen Staatsstreich ohne Verständigung mit den Linksparteien, die sich ebenfalls der Witos-Regierung gegenüber in schärfster Opposition befanden, vollzogen hat. Auch bisher steht keine der Linksparteien, und besonders auch nicht die Polnische Sozialistische Partei, der Pilsudski nach im Auslande verbreiteter irriger Ansicht angehören soll, in offiziöser Beziehung weder zu Pilsudski selbst noch zu der neuen Regierung. Dieses vorläufig noch neutrale Verhalten ist um so eher zu verstehen, als man sich von Pilsudski kraft seiner Vormachtstellung allgemein eine Aenderung der bestehenden parlamentarisch-politischen Verhältnisse versprach, indem man die Auflösung des Sejm und Senats erwartete. Die beiden Kammern haben nämlich die öffentliche Meinung, die ihnen Unfähigkeit vorwirft und jedwede Energie zu tatkräftigem Handeln abspricht, gegen sich, so daß ihre Auflösung durchaus begrüßt worden wäre.

Hierzu ist jedoch verfassungsgemäß ein Beschluß dieser Körperschaften notwendig, die sich nur selbst mit drei Fünftel Stimmenmehr aufzulösen imstande sind. Diese Mehrheit ist im Sejm nicht vorhanden, so daß es notwendig gewesen wäre, daß Pilsudski eine, wenn auch illegale Maßnahme ergriffen hätte. Da dies nicht geschehen ist, stellt sich die gegenwärtige Lage ähnlich dar, wie sie vor der Aktion Pilsudskis gewesen ist.

Vor diesen Sachverhalt gestellt, versuchen die Linksparteien sich mit aller Kraft konsolidieren, um eine gemeinsame Plattform zu finden, auf der die Durchführung ihrer Forderung nach der Sejmauflösung ermöglicht werden könnte. Zu diesem Zweck haben parlamentarische Besprechungen polnischer Linksparteien stattgefunden, zu denen auch die nationalen Minderheiten hinzugezogen wurden. Die wichtigsten Punkte, in denen ein gemeinsamer Beschluß gefaßt werden soll, sind folgende: 1. Die Stellungnahme zur Einberufung der Nationalversammlung sowie zur Wahl des Staatspräsidenten. 2. Die Frage der Sejmauflösung. 3. Das Vorgehen bei den künftigen Sejm- und Senatswahlen.

Hierzu ist als vorläufiges Resultat folgendes zu bemerken: die Nationalversammlung, in der die Wahl des Präsidenten vor sich gehen wird, ist für den 31. Mai einberufen. Als aussichtsreichster Kandidat der Linksparteien ist Pilsudski anzusehen. Die Bemühungen der Linken gehen dahin, eine Mehrheit für diese Kandidatur zu erlangen, indem sie die Abgeordneten der Nationalen Arbeiterpartei, der Piastgruppe und der Christlichen Demokraten dafür zu gewinnen suchen. Im Notfalle sollen diese Bemühungen durch den Druck der Massen der Arbeiter und der radikalen Bauern unterstützt werden. Als letztes Mittel ist hierbei sogar an die Proklamierung eines Generalstreiks gedacht worden."

Hierzu bleibt zu erwähnen, daß den Linksparteien im gegenwärtigen Augenblick die Wahl des Präsidenten weniger wichtig erscheint, als die Verwirklichung ihrer Forderungen nach der Auflösung des Sejm und nach sofortigen Neuwahlen, während die Rechte lediglich eine Vertagung des Sejm auf ein Jahr verlangt. Die nächsten Tage und Wochen werden auf die Entwicklung der Ereignisse von grundlegendem Einfluß sein.

Die Abrüstungsverhandlungen.

Genf, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In der vorläufig letzten Plenarsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz am Mittwoch leuchteten noch einmal die tieferen Gegensätze zwischen verschiedenen Staatengruppen in der Abrüstungsfrage grell auf. Die Wortführer waren dabei die Vertreter der kleinen Enterte, die zunächst an dem Bericht des Redaktionsausschusses verschiedenes auszusetzen hatten. Dennoch wurde er schließlich einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde das Memorandum Ungarns und ein solches Griechenlands beiden technischen Kommissionen überwiesen. Die Wiederaufnahme der Plenarberatungen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz soll sobald wie möglich erfolgen.

Genf, 27. Mai. (Radiomeldung.)

Die Wirtschaftskommission der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz hat die Fragen über chemische Kriegsmittel und die der Vergleichbarkeit der Rüstungsetats an einen gemischten Ausschuß überwiesen und sich sodann vertagt, bis die Militärkommission ihre Beratungen abgeschlossen hat. Durch diesen Beschluß kommen bei der Beratung der beiden Fragen auch Arbeitnehmervertreter zu Wort.

Internationale Kongresse

Sozialistische Jugendinternationale.

Eröffnungssitzung des zweiten Internationalen sozialistischen Jugendkongresses.

Amsterdam, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der zweite Internationale sozialistische Jugendkongreß wurde am Mittwochnachmittag durch den Vorsitzenden der Jugendinternationale, Piet Voogd, mit einer Ansprache eröffnet, in der er die kulturellen und geistigen Ziele der Arbeiterjugend betonte. Genosse Crispien begrüßte den Kongreß namens der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Genosse Sassenbach für den Internationalen Gewerkschaftsbund, Genosse Kasal für die Internationale der Erziehungsorganisationen, Genosse Stenhuis für den Niederländischen Gewerkschaftsbund und Genosse Toornstra für die niederländische Arbeiterjugendzentrale. Anschließend erstattete Genosse Ollenhauer den Tätigkeitsbericht.

Internationale sozialistischer Studenten

Amsterdam, 27. Mai. (Eig. Bericht.)

Am Nachmittag des zweiten Pfingsttages fand in Amsterdam eine Tagung sozialistischer Studentenorganisationen statt, wo von Studenten aus Deutschland, Frankreich, England, der Tschechoslowakei, Norwegen, Polen, Belgien und Holland teilnahmen. Einstimmig wurde beschlossen, eine Internationale Sozialistische Studenten-Föderation zu begründen. Genosse Vandervelde, der belgische Minister des Auswärtigen, war als Redner zu einem Vortrage über „Der Sozialismus nach dem Kriege" erschienen. Vandervelde ging davon aus, daß vor dem Kriege eine vollkommene Einmütigkeit unter den Sozialisten bestand, während wir nach dem Kriege die beiden Lager der Sozialdemokraten und der Kommunisten hatten. Es sei nicht richtig, daß das Proletariat der Verelendung entgegengehe. Ein sicherer Fortschritt sei vorhanden, wenn auch fortdauernd darum gekämpft werden müsse. Wenn man jedoch sehe, auf welche Widerstände die Arbeiterklasse in dem Kampf um ihre Befreiung stoße, müsse man sich wohl die Frage vorlegen, ob Reformen ausreichend wären, um die Befreiung als Klasse sicherzustellen. Ebenso wie Turgots Reformen auf den Widerstand der herrschenden Klassen stießen und die französische Revolution nicht zu verhindern vermochten, werden auch jetzt Reformen nicht ausreichend sein. Aber Reformen müssen den entscheidenden Maßnahmen vorausgehen. Darum müsse auch für die Studenten die Parole lauten, zum Sozialismus zu den Arbeitern zu kommen, die heute noch leiden, aber die doch die eigentliche herrschende Klasse seien.

Der Vortrag wurde mit ungeheurem Beifall aufgenommen und dem Redner als spontane Huldigung die Internationale gesungen. Im Anschluß an das begeistert aufgenommene Referat des Genossen Vandervelde beschlossen die sozialistischen Studentenorganisationen die Bildung einer Internationalen sozialistischen Studenten-Föderation.

Internationale der Mieter.

Gründung eines Internationalen Mieterbundes.

Zürich, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der erste Internationale Mieterkongreß, der zu Pfingsten im Rathaus in Zürich tagte, führte zur Gründung eines Internationalen Mieterbundes. Als Sitz des Bundes wurde für die nächsten drei Jahre Zürich bestimmt. Erster Präsident des Bundes ist Dr. C. Wirth (Zürich). Weiter wurden in die Zentrale gewählt: Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Schweden. Wenn in einem Land mehrere Verbände bestehen, so sollen diese abwechslungsweise einen Sitz in der Zentrale erhalten, doch ist eine Einigung innerhalb der verschiedenen Länder erwünscht. Eine zur Konstituierung des Bundes angenommene Resolution besagt, daß der Kongreß von den Regierungen und Parlamenten der einzelnen Länder im Interesse des Gemeinwohls die Erfüllung der Forderungen des Mieterbundes erwartet. Als nächster Tagungsort wurde Prag bestimmt. Aller drei Jahre soll ein ordentlicher internationaler Kongreß abgehalten werden.

Die Aussprache über die Wohnungsprobleme, an der sich u. a. auch der Obmann des Reichsbundes deutscher Mieter, Fritz Dzeink, beteiligte, zeigte, daß fast in allen Ländern ein Abbau des Mieterschutzes im Gange ist, dem durch starke Mieterverbände entgegengearbeitet werden muß. Was ein starker Mieterverband vermag, zeigt das Beispiel Oesterreichs, wo das Mietrecht sowohl die Mietzinshöhe, als auch die Gründe der Kündigung regelt. In Oesterreich liegt die Bautätigkeit lediglich in den Händen der öffentlichen Körperschaften. Die Mietvereinigung Oesterreichs betrachtet diese Bautätigkeit durch die öffentlichen Körperschaften als einen Grundpfeiler für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Die Quintessenz der Berichte aus den verschiedenen Ländern wurde in verschiedenen Leitsätzen zusammengefaßt, die in zwölf Punkten den internationalen Charakter der Fragen des Miet- und Wohnungswesens betonen. Der Zweck und das Ziel der ganzen Veranstaltung war, zur Vereinheitlichung der Bestrebungen auf den Gebiete der Wohnkultur und des Mieterschutzes dem bereits bestehenden Internationalen Verband der Hausbesitzer eine gleichwertige Organisation entgegenzustellen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Mittwochvormittag wurde die 8. Internationale Arbeitskonferenz mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, eröffnet. Darauf folgte die Wahl des vom Verwaltungsrat in Aussicht genommenen Vorsitzenden der Konferenz, des holländischen Parlamentariers und Sozialpolitikers Dr. Nolens. Bei der Empfehlung seiner Wahl durch je einen Vertreter der Regierungen und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppe bemerkte Genosse Mertens (Belgien), die Arbeitergruppe wünsche, daß Dr. Nolens durch die neue Würde in seinem Lande noch mehr Autorität gewinne, so daß es ihm bald gelinge, die internationalen Abkommen, vor allem das über die 48-Stunden-Woche, zur Ratifizierung zu bringen.

An der Konferenz nehmen 87 Ländervertretungen mit 129 Delegierten und 107 Stellvertretern und technischen Sachverständigen teil. Auf die verschiedenen Kontinente verteilen sich die Delegierten wie folgt: Europa 88, Amerika 23, Asien 11, Afrika 4 und Australien 3. Die Zahl der vertretenen Länder ist um fünf kleiner als bei der letzten Konferenz. 19 Länder sind gar nicht vertreten. Doch handelt es sich hierbei entweder um sehr wenig entfernte oder industriell noch sehr wenig entwickelte Staaten. Die stärkste Vertretung weist Spanien mit 17 Delegierten auf, dann folgen Japan mit 15, Deutschland und England mit je 14, Dänemark mit 10 u. s. f.

Zu Vizepräsidenten der Arbeitskonferenz sind am Mittwochnachmittag gewählt worden: Minister Aguero (Kuba) als Regierungsvertreter, Hodac (Tschechoslowakei) als Arbeitgeber und Hermann Müller (Deutschland) als Arbeitervertreter. In den Vorschlagsausschuß ist als Regierungsvertreter Geheimrat Dr. Feig und als Arbeitgeber-Stellvertreter Kommerzienrat Vogle und der Oesterreicher Schmidt gewählt worden, als Arbeitnehmer der Oesterreicher Weigl. Auf Antrag der Vorschlagskommission sollen vier Kommissionen der Konferenz eingesetzt werden.

Zwei Arbeiterdelegierte haben bereits Entschließungsentwürfe eingebracht: der Inder Rai zur Durchführung einer Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen und Farbigen in Afrika und Amerika sowie für die Ernennung eines Korrespondenten des Internationalen Arbeitsamtes in Indien, und der Schweizer Schürch über: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Berlin — Paris.

Aufnahme des Luftverkehrs Berlin — Paris. / Ein Erfolg der Locarno-Politik.

Paris, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Mittwochnachmittag ist das erste deutsche Flugzeug aus Berlin in Paris eingetroffen, wo es auf dem Flugplatz Le Gourget von der anwesenden Menschenmenge freudig begrüßt wurde.

*

Die Aufnahme des regelmäßigen Luftverkehrs zwischen Berlin und Paris zeigt, daß die Locarno-Politik auf dem Gebiete der Luftschiffahrt zu einem vollen Erfolg geführt hat. Es war zu erwarten, daß die nationalistische Presse Frankreichs und Englands das Pariser Luftfahrtabkommen heftig angreifen werde, weil es Deutschland zuviel gebe, und daß die deutschen Nationalisten das Abkommen als unbefriedigend hinstellen, weil es keine Luftrüstung zuläßt. Es gibt sogar einige deutsche Blätter, die davon reden, daß das Abkommen Bestimmungen enthalte, die noch über den Versailler Vertrag hinausgingen. Das ist natürlich blanker Unsinn. Der Fortschritt, den das Luftfahrtabkommen bringt, ist mit Händen zu greifen: Alle technischen Beschränkungen fallen weg. Deutschland hat völlige Freiheit auf dem Gebiete des Typenbaues. Das Garantiekomitee wird abberufen. Die Luftfahrthallen, die der Entente bereits gehörten und dem Abbruch verfallen sollten, sind kostenlos Deutschland zurückgegeben worden. Diese Hallen repräsentieren einen Wert von 15 Millionen. Demgegenüber besteht die deutsche Bindung lediglich darin, daß keine Subventionierung des deutschen Flugsports aus öffentlichen Mitteln und keine flugsportliche Betätigung der Reichswehr auf Kosten des Reichs stattfinden darf. Die 36 Reichswehroffiziere, die bereits einen Führerschein haben, dürfen weiter fliegen, und nach sechs Jahren dürfen weitere 36 sich den Führerschein erwerben. Lediglich an den paar Reichswehrfliegern das Pariser Abkommen scheitern zu lassen, wäre vollendeter Irrsinn gewesen. Die deutsche Luftfahrtgesetzgebung gilt natürlich auch für das besetzte Gebiet. Während Deutschland

Wie man Konzertbesucher erziehen kann.

Die originelle Methode eines amerikanischen Dirigenten. Zur Nachahmung empfohlen!

Die üble Gepflogenheit des Publikums, sich zum Aerger der Anwesenden mit mehr oder minder großer Verspätung im Konzertsaal einzufinden, mit viel Geräusch und Umständlichkeit den Platz zu suchen und den Saal zu verlassen, bevor noch das Programm beendet ist, ist ein immer wieder gerügter Unfug. Was aber bei uns erfreulicherweise eine Ausnahme bildet, ist in amerikanischen Konzertsälen die Regel. Vor Jahr und Tag pflegte Hans v. Bülow als Leiter der Philharmonischen Konzerte in Berlin dem schlecht erzogenen Publikum eine Lektion zu erteilen, indem er vor dem letzten Satz der Symphonie eine Pause machte und die Unterbrechung mit den kaustischen Worten erklärte, daß er warten wolle, bis die „Kunstverständigen" unter sich" seien. In Philadelphia hat kürzlich der Dirigent der dortigen Symphonischen Gesellschaft Leopold Stokowski bei einem Konzert dieser Gesellschaft ein ungleich drastischeres Erziehungsmittel zur Anwendung gebracht, das vielleicht auch anderwärts Schule machen dürfte. Zum nicht geringen Erstaunen des Publikums sah man beim Aufgehen des Vorhangs auf der als Konzertpodium dienenden Bühne nur den Dirigenten Stokowski und vor ihm den ersten Geiger und den ersten Cellisten des Orchesters. Man war im ersten Augenblick verblüfft, dann aber wandelte sich die Verblüffung der Hörer in Mißvergnügen, und etwa vierzig Leute verließen mit allen Zeichen des Mißfallens und ärgerlichen Worten den Saal. Stokowski ließ sich dadurch nicht aus der Fassung bringen, gab vielmehr das Zeichen zum Beginn der das Programm eröffnenden Orchesterphantasie von Lekeu, worauf Violine und Cello mit dem Spiel begannen. Nach und nach erschienen die anderen Orchestermitglieder, einer nach dem andern, auf der Bühne, nahmen mit gutgespielter Eilfertigkeit ihren Platz an den Pulten ein und begannen sich am Spiel zu beteiligen. Der Dirigent dirigierte ruhig, als wenn nichts Besonderes geschehen, weiter. Erst um die Mitte des Stückes war das Orchester vollzählig versammelt. Aber das war noch nicht alles. Am Ende des Programms wiederholte sich die Anfangsszene, diesmal natürlich umgekehrt. Die Schlußnummer bildete die Abschiedssymphonie von Haydn. Der erste Satz hatte kaum begonnen, als sich einer der Spieler vom Pult erhob und den Saal verließ. Ihm folgten, einer nach dem andern, die übrigen Künstler, die taten, als wären sie des Spielens müde, ihre Instrumente auf den Stuhl legten und sich entfernten. Schließlich blieben neben dem Dirigenten nur noch zwei Geiger auf dem Podium. Als auch diese ihr Spiel beendet und den Saal verlassen hatten, dirigierte Stokowski in Abwesenheit des Orchesters ruhig die Schlußtakte der Symphonie, machte dann kehrt und verneigte sich vor dem Publikum mit der obligaten Bewegung nach dem nicht mehr vorhandenen Orchester. Viele Hörer hatten sich bereits entfernt, weil ihr Anstoß an dieser merkwürdigen musikalischen Inszenierung nahmen. Aber ein großer Teil des Publikums war geblieben und gab durch lebhaften Beifall zu erkennen, daß ihm die Sache Vergnügen gemacht habe, worauf sich Stokowski nochmals verneigte und den Dank des Hauses auf das imaginäre Orchester übertrug. Dann verließ auch er unter dem Lachen der Vergnügten und den Mißfallsäußerungen der Entrüsteten den Saal. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß Stokowski, unbeschadet seiner lustigen Erziehungsmethode, den Forderungen der Partitur gleichwohl nicht das geringste schuldig blieb und daß er den Hörern auch nicht eine Note der beiden Partituren unterschlug. Die „Phantasie" Lekeus beginnt in der Tat mit der ersten Violine und dem Cello, die beide das Stimmen der Instrumente vor Beginn eines Konzerts markieren. Dann erst beginnt die Geige das erste Thema, das dann von dem Cello übernommen wird. Allmählich treten die anderen Instrumente oder Instrumentalgruppen hinzu. Die Mitglieder des Orchesters erschienen rechtzeitig am Platze, so daß die programmäßige Ausführung des Stückes gesichert war. Was die Haydn-Symphonie betrifft, so weiß man, daß Vater Haydn selbst den Scherz eingeführt hat, daß die Orchestermitglieder im Verlauf des Stücks, einer nach dem anderen, das Spiel einstellten, bis am Schluß nur noch zwei Geigen vorhanden waren. Mag Stokowski auch nach der Ansicht des in seiner Eitelkeit getroffenen amerikanischen Publikums den Scherz weit übertrieben haben, die Lektion war wohlverdient, und man muß nur wünschen, daß sie den beabsichtigten Zweck erfüllt, das amerikanische Konzertpublikum zu besseren Manieren zu erziehen.

Ein teures Buch.

Anläßlich des 300. Todestages von Francis Bacon, des ersten modernen Philosophen Englands, dem eine Zeitlang auch die Autorschaft der Werke Shakespeares zugeschrieben wurde, findet zurzeit in London eine Ausstellung von seltenen Ausgaben seiner Werke statt, die aus dem Nachlaß des Sammlers Sir Turning-Lawrence stammen. Neben der Erstausgabe des „Novum Organum", die im zeitgenössischen Pergamenteinband das eingeprägte Eber-Wappen Bacons zeigt, ist dort unter anderen kostbaren Büchern auch die zweite Ausgabe seiner „Essaies" aus dem Jahre 1598 zu sehen. Dieses Werk wurde zusammen mit zwei anderen alten Bänden vor gut dreißig Jahren bei einer Versteigerung für 20 Mark von einem Buchhändler erworben, der es dann Sir Durning-Lawrence für 60 Mark überließ. Heute, wo das Sammeln solcher Bücher ebensosehr als Kapitalsanlage wie als Liebhaberei betrieben wird, hat diese zweite Ausgabe einen Machtwert von sechs- bis achttausend Mark, da die natürlich noch unvergleichlich teurere erste Ausgabe der „Essaies" von Bacon aus dem Jahre 1597 zu den seltensten Büchern der ganzen Welt gehört. Hält man neben diesen Raritätenfimmel die geringe Einschätzung einer den Leistungen Bacons vielleicht gleichwertigen geistigen Arbeit in unserer Zeit, so erkennt man die „Kultur" unseres Zeitalters in ihrer ganzen Schönheit.

Hallesches Kunst- und Theaterleben.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, 8 Uhr: „Die Dollarprinzessin". Freitag 7½ Uhr: „Palestrina". Sonnabend 8 Uhr: „Das Grabmal des unbekannten Soldaten". Sonntag 7½ Uhr: „Gräfin Mariza".

Am Thalia-Theater gelangt am kommenden Sonntag der Schwank „Bösenfieber" zur Aufführung.

Volksbühne. Als nächste Sondervorstellung folgt Mittwoch, 9. Juni, 8 Uhr, die Operette „Madcolchen". Karten ab 27. Mai in der Geschäftsstelle. Als 4. Kammerspiel wird gegeben: „Die Kameraden", Komödie von Grindberg, und zwar am Donnerstag, 3. Juni, 8 Uhr, im Stadttheater für die gelösten T-Karten und am Mittwoch, 9. Juni, 8 Uhr, im Thalia für 5 und den Rest von T. Die Mitglieder werden um umgehende Einlösung des vierten Abschnittes gebeten. Auf die Mitglieder besonders der zweiten Reihe ist Gelegenheit. Karten für „Die Regimentstochter", komische Oper von Donizetti, am Donnerstag, 10. Juni, 8 Uhr, ab morgen in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14 (Telephon 3479) zu erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260527-19/fragment/page=0002

früher nur in der neutralen Zone einige Notlandeplätze hatte, sind jetzt für das besetzte Gebiet vier große Flughäfen und zwölf reguläre Landeplätze zugestanden.

Mit dem Wegfall der Londoner Begriffsbestimmungen wird es Deutschland nun auch möglich sein, mit der Tschechoslowakei und Polen eigene Luftverkehrsverträge abzuschließen. Mit der Tschechoslowakei wurde bereits im vorigen Jahr über ein Luftverkehrsabkommen verhandelt, das jetzt bald in Kraft treten dürfte. Es handelt sich vor allem um die Einführung einer Linie Skandinavien—Prag—Wien.

Ludendorff-Putsch.

Kapp war ein schlapper Kerl. / Ludendorff wird, wenn es losgeht, vor nichts zurückschrecken.

Ludendorff ist nach Auffassung der Rechtsputschisten trotz aller fehlgeschlagenen Putsche und Bürgerbräublamagen nach wie vor der „kommende Mann" der „völkischen Revolution". So wird jetzt bekannt, daß ein in Berlin wohnhafter General, der von der Republik eine jährliche Pension von nahezu 20 000 Mark bezieht, vor kurzem in einem engeren Kreise die Pläne der völkischen Putschisten ausgeplaudert hat. Er behauptete, daß die Völkischen eine ganze Menge von Waffen hätten und sich Ludendorff zum Führer erwählen würden; denn Kapp wäre seinerzeit ein „schlapper Kerl" gewesen. Ludendorff hätte aus seinen Erfahrungen hinzugelernt und er würde, wenn es zum Klappen käme, vor nichts zurückschrecken.

*

Die Führerqualifikation des militärischen Diktators im großen Krieg scheint sich also weder auf politische noch auf militärische Verdienste zu gründen, sondern lediglich auf die Desperadonatur des Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat und „vor nichts mehr zurückschreckt", wenn er der Republik eins versetzen kann, die ihm in ihrer Lammesgeduld die Pension bezahlt.

Wird Wulle beim Schlabittchen gepackt?

Berlin, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Beim Preußischen Landtag ist jetzt der Antrag des preußischen Justizministers auf Genehmigung zur Strafverfolgung des völkischen Abgeordneten Wulle wegen des Verdachtes der Anstiftung zu politischen Attentaten eingegangen. Das Schreiben umfaßt nicht weniger als zwölf Seiten. Es wird zunächst dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden. Beim Reichstage ist ein ähnlicher Antrag gegen den völkischen Abgeordneten Kube bis jetzt noch nicht eingegangen.

Wie die Korrespondenz VDZ. berichtet, ist beschlossen worden, den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Kube auf die Tagesordnung der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am nächsten Montag zu setzen. Den Bericht wird Abg. Nuschke (Dem.) erstatten.

Es schweigen alle Flöten!

Das Reichswehrministerium hat es bis zur Stunde noch immer nicht für nötig gehalten, die Denkschrift des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, über die nationalen Wehrverbände, die in dem Bruderkampf zwischen Jungdo und Wiking eine besondere Rolle spielt, dem preußischen Innenministerium zur Kenntnisnahme zu übermitteln. Die Denkschrift, von der nach Mahraunns Erklärung nur zwei Exemplare existieren, ging an den Reichspräsidenten und an das Reichswehrministerium. Sie belastet den Führer des Berliner Wiking, den hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung", Major von Sodenstern. Mag sein, daß die Denkschrift des Herrn Mahraunn keine sensationellen Enthüllungen bringt. Gleichwohl berührt es sehr eigenartig, daß das Reichswehrministerium es nicht für nötig hält, dem preußischen Innenministerium und den preußischen Polizeibehörden Einblick in die Denkschrift, d. h. in das Treiben der nationalen Wehrverbände, zu gewähren.

Nur nach links wird derb zugepackt.

Leipzig, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich am Mittwoch der Arbeiter Anton Roos aus Heidelberg wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Sprengstoffverbrechen zu verantworten. Der Angeklagte soll im Jahre 1923 Waffen und Sprengstoffe vergraben haben, die im vorigen Jahre von der Polizei beschlagnahmt wurden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Vergehen nach § 7 des Republikschutzgesetzes, § 7 des Sprengstoffgesetzes und unbefugten Waffenbesitzes zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

*

Auch dieser Prozeß erhärtet zum soundso vielten Male die Tatsache, daß die linke Hand des Oberreichsanwalts, das heißt die, die gegen links greift, ganz anders funktioniert, als die rechte. Ein einziges der zahllosen kommunistischen Rundschreiben genügt, um einen Hochverratsprozeß zu konstruieren. In die rechte Hand werden die Angelegenheiten der Claß und Putschgenossen genommen. Hundert sich noch jemand darüber, daß Wulle und Kube freiwillig auf ihre Immunität verzichten?

Unzulängliche Lehrerbildung.

Entschließungen des Deutschen Lehrertages. Auch die Lehrer in der Internationale.

Danzig, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der 9. Deutsche Lehrertag beschäftigte sich am Mittwoch mit der Lehrerbildung, dem Problem Elternhaus und Schule und der wirtschaftlichen Lage des Lehrerstandes. Zur Lehrerbildung wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gegen die Regelung der Lehrerbildung in Mecklenburg und Baden Einspruch erhoben und die preußische Regelung als unzulänglich bezeichnet wird. Von der Reichsregierung wird in der Entschließung ein Reichsgesetz verlangt, das den Forderungen der Weimarer Verfassung gerecht wird. Der Referent über das Thema: „Eltern und Lehrer" erklärte, die Schultüren müßten weit aufgemacht und eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrer erstrebt werden. Durch die Beziehungen von Mensch zu Mensch sei leicht die Erziehungsgemeinschaft herzustellen, in der das Kind den Ring zwischen Elternhaus und Schule schließt. In der das Referat und die Aussprache zusammenfassenden Entschließung wird die lebendige Anteilnahme der Elternschaft an der Jugendbildung und Erziehung als dringende Notwendigkeit angesehen. Die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins werden aufgefordert, alles zu tun, um ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Eltern und Lehrern zu sichern. Gegen die Versuche, das Elternrecht zu einem mißbräuchlichen Werkzeug für kirchliche und politische Machtbestrebungen zu benutzen, wandte sich die Versammlung und stellte solchen Versuchen das oberste Recht der Volks- und Staatsgemeinschaft entgegen. Von den öffentlichen Gewalten wird erwartet, daß sie die Entwicklung der deutschen Volksschule nach den Erfordernissen der kulturellen und nationalen Bedürfnisse fördern. Das dritte Referat behandelte die wirtschaftliche Lage des Lehrerstandes. Von der Reichsregierung und dem Reichstag wird gefordert, die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Beamten und Lehrer zu festigen und zu stärken.

Am Schluß der Beratungen konnte der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins mit Befriedigung und Freude feststellen, daß die Verhandlungen ein seltenes Bild einmütiger Geschlossenheit gezeigt hatten. Fast alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Schließlich wurde noch die Mitteilung gemacht, daß der Deutsche Lehrerverein die internationalen Beziehungen zu den großen Lehrerverbänden des Auslandes aufgenommen hat. Auch von dem größten Lehrerverband Frankreichs ist eine Einladung an den Deutschen Lehrerverein ergangen. Die nächste deutsche Lehrerversammlung findet im Jahre 1927 in Düsseldorf statt.

Vasen zur Ansicht.

Der preußische Finanzminister hat an die Generalverwaltung des Hohenzollernhauses ein Schreiben gerichtet, in dem er diese auffordert, dafür Sorge zu tragen, daß die der ehemaligen Kronprinzessin zur Besichtigung überlassenen Sevresvasen wieder nach Berlin geschafft werden, damit sie der öffentlichen Besichtigung wieder zugänglich gemacht werden können.

Ob die ehemalige Kronprinzessin die von ihr verhängte „Sanktion" für nicht erfüllte Verpflichtungen des Finanzministeriums gegenüber dem „vormaligen Königshaus" nunmehr aufhebt, wird sich zeigen. Uebrigens hat das preußische Finanzministerium bereits die Erfahrung gemacht, daß durch energisches Einschreiten allerlei zu erreichen ist, und den Prinzen Friedrich Leopold an dem Abtransport von Mobiliar aus dem Schloß Glienicke im Zwangsverfahren gehindert.

Das große Münchener Eisenbahnunglück.

Einer der völlig zertrümmerten Wagen.

Ein besonders tragischer Fall beim Münchener Eisenbahnunglück.

Die in ganz Südbayern bekannte Bayerische Ländliche Wirtschaft in München hat bei dem Eisenbahnunglück ihr gesamtes Personal mit dem Direktor verloren. Der Direktor Leo Frey, die erste Buchhalterin Fräulein Preißler, deren Mutter, die gleichfalls Angestellte war und die Lagerstin Fräulein Dittler fuhren über die Pfingstfeiertage nach Berchtesgaden, wo sich ein Lagerhaus der Landwirtschaftsstelle befindet. Am Montagabend kehrten sie gemeinsam zurück und bald zog man alle vier Personen unter den Trümmern des verunglückten Zuges hervor.

Beisetzung der Haslocher Opfer.

Berlin, 27. Mai. (Privatmeldung.)

Unter großer Beteiligung der Bevölkerung wurden gestern die Opfer der Haslocher Explosionskatastrophe beigesetzt. Die bayerische Regierung und der Bayerische Landtag ließen Kränze niederlegen. Wie die Blätter melden, sollte am Tage der Explosionskatastrophe die Pulverfabrik von einer Schulklasse besucht werden. Die Besichtigung der Fabrik wurde jedoch hinausgeschoben, weil die Kinder durch den Besuch der nahegelegenen Dorfkirche aufgehalten waren. Während sie sich in der Dorfkirche befanden, ereignete sich die Explosion.

Ein Millionenbetrüger und Hetratsschwindler namens Robert Wittmann, der auf unerklärliche Weise 140 Frauen geheiratet und ausgeplündert hat, ist in Philadelphia verhaftet worden. Wittmann führte sich in die vornehme Gesellschaft unter dem „Decknamen" eines Lord Beaverbrook ein und erschwindelte Geldbeträge in Höhe von mehreren Millionen. Eine einzige Frau büßte 4 Millionen Dollar bei ihm ein.

Ein großer Fabrikbrand wird aus Oesterreichisch-Haibach, in der Nähe von Passau, gemeldet. Dort brannte in der Nacht zum Mittwoch die Pistolen- und Metallwarenfabrik Mentor vollständig ab, wodurch das gesamte Inventar, die Maschinen und Rohstoffe vernichtet wurden. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Die Naturgewalten.

Unwetterkatastrophen werden aus aller Welt gemeldet:

Eine japanische Stadt überschwemmt.

Tokio, 26. Mai. (WTB.)

Nach einem Telegramm aus Akita barst das Reservoir von Majama in Nordjapan. Die Wasser ergossen sich in die 7000 Einwohner zählende Stadt Nitaura. Zahlreiche Gebäude, darunter auch die Bank und das Theater, wurden unter Wasser gesetzt. Einzelheiten fehlen noch, doch fürchtet man, daß die Zahl der Opfer groß ist.

Schwerer Wirbelsturm in Hinterindien. In der Nacht zum Sonntag hat ein schwerer Wirbelsturm in Atyah beträchtliche Verluste an Menschenleben und Material verursacht. Das Gerichtsgebäude und die meisten Regierungsämter wurden zerstört. Die telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen.

Das Hochwasser an der Wolga hat einen äußerst bedrohlichen Umfang angenommen. Bei Baratow ist der Wasserstand 14 Meter über den normalen Pegelstand gestiegen. In Syßran sind 9000 Menschen und in Pokrowit, der Hauptstadt der Republik der Wolgadeutschen, 1200 Menschen obdachlos geworden. Sie werden zurzeit in öffentlichen Räumen untergebracht.

Unwetterverheerung in Jugoslawien. In der vergangenen Nacht ist über Neusatz und Umgebung ein heftiger Gewittersturm mit wolkenbruchartigem Regen niedergegangen. Durch Windhosen wurden eine Anzahl Häuser zerstört. Nach den bisherigen Meldungen sind neun Personen ums Leben gekommen.

Eine Hitzewelle wird aus Paris gemeldet. Fünf Hitzschläge wurden gezählt. 20 Personen mußten infolge von Schwächeanfällen in Hospitäler gebracht werden.

Vier Kinder verbrannt.

Amsterdam, 26. Mai. (WTB.)

In Oudeharke bei Heerenveen (Friesland) geriet in der Nacht das Haus eines Arbeiters aus ungeklärter Ursache in Brand. Während die Eltern und vier Kinder sich mit Mühe retten konnten, kamen vier Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren, die im oberen Stock schliefen, in den Flammen um. Ihre Leichen wurden im völlig verkohlten Zustande aus den Trümmern geborgen.

22 Wohnhäuser verbrannt.

Schönau im Wiesenthal, 26. Mai. (WTB.)

Gestern nachmittag entstand im Stadtteil Neustadt in einem alten Bauernhause Feuer, das innerhalb ganz kurzer Zeit 20 Wohnhäuser erfaßte. 15 Wohnhäuser wurden vollkommen zerstört, wodurch 37 Familien mit 120 Köpfen obdachlos geworden sind. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Das Vieh konnte gerettet werden, doch ist der Verlust an totem Inventar außerordentlich hoch. Der Schaden, in Höhe von mehreren Hunderttausend Mark, trifft größtenteils minderbemittelte Familien.

Nach den neuesten Meldungen ist die Zahl der eingeäscherten Wohnhäuser 22.

Wissenschaft und Tierquälerei.

Zu Skandalszenen bei einem Vogelfilm kam es bei der ersten Tagung des Internationalen Ornithologenkongresses in Kopenhagen, als der Hamburger Gelehrte Dr. Gröppel gewisse Experimente, wie die operative Entfernung des sogenannten „inneren Ohres", des Sitzes des Gleichgewichtsempfindens bei Tauben, vorführte. Die Experimente mit den Tauben, die für die moderne Flugtechnik von einschneidender Bedeutung sein sollen, riefen eine derartige Empörung beim Publikum hervor, daß der Vortrag des Hamburger Gelehrten abgebrochen werden mußte.

Amerikas Millionenstädte sind soeben neu gezählt worden, und zwar besitzt jetzt Neuyork 5 942 000 Einwohner, Chikago 3 048 000, Philadelphia 2 008 000, Detroit 1 280 000. Von den übrigen Großstädten seien genannt: Los Angeles mit 600 000 Einwohnern, San Francisko mit 567 000 und Washington mit 500 000 Einwohnern.

Opfer der Berge. Nach einer Meldung aus Laibach sind drei jugoslawische Touristen, darunter ein Brauhaar, während eines Unwetters vom Grintzug in den julischen Alpen abgestürzt. Alle drei waren sofort tot.

Die hubentöpfige Königin. Eine „politische" Sensation hält seit einigen Tagen ganz Kopenhagen in Atem. Man diskutiert sie auf den politischen Redaktionen, man nimmt sie kopfschüttelnd in den Ministerien zur Kenntnis, man ist überhaupt ganz erfüllt von ihr: Ihre Majestät, Königin Alexandrina von Dänemark, geborene Prinzessin von Mecklenburg, hat sich einen Bubenkopf schneiden lassen.

22 Direktoren und Aufsichtsräte der Antwerpener Volkskreditbank sind verhaftet worden. An Stelle des in den Prospekten angegebenen Kapitals von 20 Millionen Franken arbeitete die Bank nur mit einem Effektenkapital von 300 000 Papierfranken. Auch die Bilanzen und Geschäftsberichte haben sich als gefälscht herausgestellt.

Ende einer 48tägigen Hungerkur. Heute nachmittag beendete die im Kölner „Rosenhof" seit dem 9. April hungernde „Lonni" ihre freiwillige Hungerkur. Sie hat 48 Tage und zwei Stunden gehungert und 22 Pfund abgenommen.

Königliche Zuchthäusler.

Die Hauptangeklagten im Frankenfälscherprozeß zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt. / Der Nationalbundspräsident freigesprochen.

Budapest, 27. Mai. (Radiomeldung.)

Im Frankenfälscherprozeß wurde am Mittwochabend das Urteil gefällt. Die Hauptangeklagten, Prinz Windischgrätz und der ehemalige Landespolizeichef Nadossy, wurden wegen des Verbrechens der Geldfälschung und der Dokumentenfälschung zu je vier Jahren Zuchthaus und zehn Millionen Kronen (600 Reichsmark) Geldstrafe sowie zu Amtsverlust und Verlust der politischen Rechte auf drei Jahre verurteilt. Vier Monate und vierzehn Tage der Untersuchungshaft werden angerechnet. Die Leiter des Kartographischen Instituts, General Haits und Oberst Kurz, erhielten wegen Beihilfe zur Geldfälschung je ein Jahr Kerker und zwei Millionen Kronen Geldstrafe sowie Amtsverlust und Verlust der politischen Rechte auf drei Jahre verurteilt. Vier Monate und vierzehn Tage der Untersuchungshaft werden auch ihnen angerechnet. Der technische Leiter des Kartographischen Instituts Gerö wurde wegen des Verbrechens der Geldfälschung zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Millionen Kronen Geldstrafe sowie Amtsverlust und Verlust der politischen Rechte auf drei Jahre verurteilt. Der Sekretär des Prinzen Windischgrätz, Raba, erhielt wegen Beihilfe zur Geldfälschung und Dokumentenfälschung ein Jahr sechs Monate Kerker und die üblichen Zusatzstrafen. Die übrigen Beamten des Kartographischen Instituts erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis sechs Monaten. Ein Teil der Angeklagten, die gefälschte Banknoten verwendet hatten, Kerkerstrafen von zwei Monaten bis zu einem Jahr. Alle Angeklagten wurden verurteilt, der Bank von Frankreich als symbolischen Schadenersatz einen Franken zu zahlen und die Prozeßkosten zu ersetzen.

Großes Aufsehen erregte der Freispruch des Generaldirektors der Postsparkasse Baros, sowie des Vizepräsidenten des ungarischen Nationalbundes Szörtsey, gegen die von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beteiligung an der Frankenfälschung erhoben war. In der Begründung des Urteils wird festgestellt, daß die Angeklagten vollkommen uneigennützig gehandelt haben und dem Vaterland einen Dienst erweisen wollten. Ausdrücklich wird festgestellt, daß kein Mitglied der Regierung von der Notenfälschung Kenntnis gehabt habe. Der Gerichtshof beschloß, alle Angeklagten, mit Ausnahme von Windischgrätz und Nadossy, sofort auf freien Fuß zu setzen. Sowohl der Staatsanwalt als die Verurteilten haben Berufung eingelegt.

Belgische Politik.

Brüssel, 27. Mai. (Radiomeldung.)

Die Aussprache über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Jaspar brachte eine von Anfang an ziemlich gereizte Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Parteien, die zusammen in der neuen Regierung sitzen, namentlich zwischen den Liberalen und den Sozialisten. Jaspar betonte zur Beruhigung der Sozialisten noch einmal ausdrücklich, daß an der Sozialgesetzgebung nicht gerüttelt werde und stellte die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag, die Aufwertung der Alersrenten, die Bekämpfung der Teuerung und allgemeine Lohnerhöhungen in sichere Aussicht. — Die Unternehmer der Schwerindustrie haben eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Prozent beschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192605 27-19/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SAJ. Heute abend pünktlich ½8 Uhr Musikstunde. Erscheinen eines jeden Musikers ist Pflicht. Freitag treffen wir uns ½8 Uhr in der Aula der Lessorschule.

Arbeiter-Wohlfahrt. Sonnabend, den 29. Mai, nachm. 2½ Uhr: Kurze Verbands-Besprechung: Der Transport zum Eisenhammer. Dann Fechtausschuß; unser Konzert.

Aus dem Bezirk.

Bodwitz. Donnerstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": Mitgliederversammlung. Hierzu haben alle Parteigenossen mit ihren Frauen zu erscheinen.

Friedersdorf. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Stern": Oeffentl. Versammlung. Thema: „Bolschewismus oder Sozialismus". Referent: Genosse Reinhold Schönlank (Halle). Gei essen, singt für starken Besuch.

Dürrenberg. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, bei Wennicke: Mitgliederversammlung.

Sangerhausen. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Bergmann": Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung, daher ist das Erscheinen aller Mitglieder sehr erwünscht.

Delitzsch. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Ring": Frauenversammlung. Thema: Hausfrauenangelegenheiten. Jede Genossin muß unbedingt anwesend sein.

Neuschberg-Dürrenberg. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Wennicke (Neuschberg): Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Eisleben. Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des „Volkshaus": Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Volksentscheid. Lückenloses Erscheinen unbedingt erforderlich.

Mieteben. Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne": Mitglieder-Versammlung. Genosse Kunze (Halle) spricht über „Barbiplane und Fürstenabfindung". Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

— Die Fahrkosten einschließlich Festbeitrag nach Weißenfels am 6. Juni sind auf 2 Mark herabgesetzt. Spart schon jetzt das Geld ein.

3. Abteilung. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Hardenbergkeller", Hardenbergstraße 1: Jugendversammlung und Funktionärsitzung. Für die Jugendkameraden: Pflichtversammlung. 3339

Jungreichsbanner. Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr, treffen sich die Kameraden am Holzmarkt. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Kreis Bitterfeld. Sonntag, den 30. Mai 1926: Pflichtausmarsch nach Wolfen zur Bannerweihe. Die Kameraden der Ortsgruppen Roitzsch—Brehna—Ramsin—Zscherndorf—Ostrau—Tilden und Bitterfeld treffen sich 12 Uhr 45 am Eingang des Dorfes Greppin (Bahnübergang). Alle übrigen Ortsgruppen in Wolfen

Ortsgruppe Wolfen-Greppin. Unsere Bannerweihe findet am 30. Mai 1926 statt. Sämtliche Reichsbannerkameraden treten mittags 1 Uhr in Greppin zum Umzug an. Die Weihe findet in Wolfen (Dorfplatz) statt.

Krieg dem Kriege!

Von Ernst Friedrich

Preis 5 Mark

Volksblatt-Buchhandlung

Volkspark.

Täglich: Kräftigen Mittagstisch zu 75 Pfennig. 2822

Warum so billig?

Weil Sie alles, was zum Schlafzimmer gehört, in bester Qualität unt. Ausschaltung jeden Zwischenhandels direkt von der Fabrik kaufen.

Teilzahlung ohne Aufschlag! 10% Rabatt bei Barzahlung!

1 Holzbettstelle . . . 1 Stahldrahtmatratze . 1 Auflegematratze . } zus. 50 M.

Holzbetten, Eiche, nußb. gestr. . . . v. 25 M an

Metallbetten . . . . v. 27 M. an

Kinderbetten, Holz u. Metall . . . . . v. 27 M. an

Auflegematratzen . . v. 13 M. an

Stahldrahtmatratzen . v. 12 M an

Chaiselongues . . . v. 35 M an

Sofas . . . . . v. 75 M. an

Federbetten, Ia Inlett. v. 27 M. an

Reformunterbetten, Ia Material . . . . . v. 23 M. an

Schränke, 2türig . . v. 65 M. an

Küchen, weiß las., eichenfarb. } sehr komplette Schlafzimmer . . } billig

Kinderwagen in jeder Preislage 3338

Fabriklager: Halle a. S., Leipziger Straße 18

Vertreter: Bernhard Schormann

Auswärtige verlangen Katalog gratis

Walhalla.

8 Uhr. Tel. 8385.

Nur noch 4 Tage! Das Amorettenhaus! 3364

Optt. v. L. Ascher Sonntag, 30. Mai unwiderruflich letzte Aufführung. Tageskasse ab 11 Uhr.

Suchen Sie Angestellte Arbeiter Beamte Handwerker so inserieren Sie im „Volksblatt"

Koch's Künstlerspiele

Das Attraktions-Mai-Programm nur noch bis Montag. Freitag, den 28 Mai: Ehrenabend für den langjährigen Kapellmeister Alfr. Maaß. Sonnabend, 29. Mai: Elitetag Signalscheib.-Polonaise. Neu Montag, den 31. Mai: Abschieds- und Jubiläumsfeier für den bekannten Komiker W. Niemeyer. Ab 1. Juni: Ein Ereignis für Halle? 3361

Landhaus-Saal

Jeden Freitag: Der beliebte Tanzabend

3356 Saal für Vereine noch frei.

Kurhaus Wittekind

Inhaber Paul Zscheyge

Morgen, Freitag, abend 8 Uhr: Gesellschaftsabend mit Tanz nur für Dauerkarten-Inhaber. 3362

Glücklich sind alle Mütter

wenn sie ihre Kleinen in einem schönen Kinderwagen ausfahren können. Erleichtert wird ihnen das durch fachmännischen Rat und Darbietung der schönsten und preiswertesten Kinderwagen, Klappwagen Stubenwagen, Kinderbetten Kinderstühle, Selbstfahrer

Auswahl enorm. Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Kinderwagenhaus Bruno Saris

Brüderstr. 3, 1 Minute v. Markt 3355

Stadt-Theater.

Heute 3341 Donnerstag 8 Uhr: Dollarprinzessin

Freitag 7½ Uhr: Palestrina

Sonnabend: Das Grabmal des unbekannten Soldaten

Eröffnung des Steintor-Bades am Montag, dem 31. Mai 3362

Zigaretten-Krieg!

Tausende Anerkennungen bestätigen, daß unsere neue

Assuh-Zigarette

zu

nur 4 Pfg.

den Sieg

davon getragen hat.

Adler-Compagnie A.-G., Dresden-A. 21.

Ufa

Ufa-Theater Leipziger Straße

Ab morgen, Freitag, den 28. Mai:

Der Film der tausend Wunder

Der Dieb von Bagdad

mit

Douglas Fairbanks

Die Herstellung des „Dieb von Bagdad" dauerte 14 Monate.

Im „Dieb von Bagdad" sind 34 Solodarsteller sowie 4000 Statisten beschäftigt worden.

Die Bauten zum „Dieb von Bagdad" bedeckten einen Raum von 6½ Morgen.

Unter den Mitwirkenden waren sämtliche Nationalitäten der Welt, außer Grönland und Siam, vertreten.

Im „Dieb von Bagdad" spielen technische Wunder eine große Rolle. Unter ihnen steht an erster Stelle „Der fliegende Teppich". Es kann verraten werden, daß die Aufnahmen dieser Szenen allein 300 000 Mark erfordert haben.

Von besonders wirkungsvollen Bildern, die große Konstruktionen und Trick-Aufnahmen erforderten, seien erwähnt: „Das Zauberseil", „Das geflügelte Roß", „Auf dem Meeresboden", „Der Kampf mit der Riesenspinne", „Im Kristallreich", „Der Mantel der Unsichtbarkeit" sowie endlich „Das Hervorzaubern der Riesenarmeen aus dem Erdboden", das eines der erstaunlichsten Filmwunder ist.

Ufa-Wochenschau

Jugendliche haben Zutritt und zahlen zu den ersten Nachmittags-Vorstellungen kleine Preise.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Werktags 4 Uhr

Ufa-Theater Alte Promenade

Ab morgen, Freitag, den 28. Mai:

Der größte deutsche Lustspiel-Erfolg der Gegenwart

Nanette macht alles!

Ein Film, der vor Lachen Tränen in die Augen treibt.

In den Hauptrollen:

Mady Christians als Zofe Nanette

Fritz Kampers der Anstreicher und teils glückliche, teils unglückliche Bräutigam von Nanette

Georg Alexander der glückliche Gatte und unglücklich Verliebte in Nanette

Vivian Gibson seine zärtliche Ehefrau

Siegfried Arno der Damenfreund, der auch mal einen Kuß haben wollte und ihn schwer büßen mußte

Larry Semon als Golfspieler Groteske.

Ufa-Wochenschau

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Werktags 4 Uhr 3361

Gesangverein Gutenberg

Die Mitglieder treffen sich am Freitagabend 7½ Uhr in der „Klosterschule" zwecks Mitwirkung am Eltern- u. Lehrlinge-Abend. Der Vorstand.

Achten Sie bitte genau auf Straße und Hausnummer.

Bei **SOBEL** kauft man gut und billig

Glas Porzellan Steingut und Emaille

Beachten Sie meine Schaufenster

Steinweg 45 — Gr. Ulrichstrasse 9 — Reilstrasse 1

Ammendorf, Cöthen Könnern. 3339

Achten Sie bitte genau auf Straße und Hausnummer.

Auch nach Pfingsten

Seefische

blutfrisch, nahrhaft, schmackhaft.

Die Fische sind nur die wenigen Nachtstunden unterwegs, daher beste Ankunft gewährleistet.

Kabeljau Seelachs ohne Kopf Pfd. nur 30 ₰

Karbonaden bratfertig . ℔ 45 ₰

blutfrische, echte Makrelen ℔ 45 ₰

Ferner hochfeine, echte, geräuch. Makrelen . . . Pfund nur 70 ₰

Hochfeine, zarte, weißfleischige Matjesheringe Stück 12 15 20 25 30 40 ₰

Delikate Bratheringe 2-Pfund-Dose nur 85 ₰

Riesen-Rollmops Stück nur 15 ₰

Gr. Ulrichstr. 58 3358

Fernspr. 1274, 1275, 2705, 4966.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!

Union-Theater Merseburg

Freitag, den 28. Mai bis Montag, den 31. Mai 1926

Der Film des arbeitenden Volkes

Freies Volk

Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

20 Mk. Anzahlung

3 Mk. wöchentl. Abzahlung und Sie erhalten ein

Qualitätsrad

„Adler" „Möve" „Möller" 3345

Nähmaschinen- und Fahrradgroßvertrieb

K. Möller Schmeerstr. 1 Gegr. 1891 : Tel 6323

Gummiwaren. — Gasschläuche von 50 Pfg. an. — Gummi-Wasserschläuche von 110 Pfg. per Meter an. 3346

Ferdinand Dehne Nachf. Gr. Steinstraße 15. — Fernspr. 6235.

Artikel zur Gesundheits- und Krankenpflege. — Bettstoffe, Leibbinden, Windelhöschen. — Damenbinden, Gummischwämme, Hebammenartikel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260527-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Mai 1926.

Parteinachrichten.

Heute abend 8 Uhr im Parteibüro erweiterte Vorstandssitzung. Vorher 7 Uhr der engere Vorstand. **Der Vorstand.**

An alle proletarischen Eltern!

Anläßlich der am 13. Juni stattfindenden Elternbeiratswahlen haben sich die unterzeichneten Organisationen bereit erklärt, eine gemeinsame Vorschlagsliste unter dem Kennwort „Gegen Schulreaktion, für Schulfortschritt" einzureichen. Zur Aufstellung der Kandidaten finden für die nachfolgenden Schulen in den angegebenen Lokalen

Elternversammlungen

statt, in welchen über die Bedeutung und die Wahl der Elternbeiräte gesprochen wird.

Johannesschule für Knaben und Mädchen: „Südpool", Beesener Straße.
Glauchaschule und Weingärtenschule: Produktiv-Genossenschaft.
Hutten- und Lutherschule: „Loests Hof", Merseburger Straße.
Neumarktschule: Gewerkschaftshaus.
Schiller- und Friesenschule: Lohse, Dessauer Straße.
Giebichensteinschule: „Volkspark", Burgstraße.
Freimfelderschule: Restaurant Damm, Landsberger Straße.
Kröllwitzer Schule: „Lindenhof", Kröllwitz.
Trothaschule: „Reichsadler", Trothaer Straße.
Alte Volksschule und Talamtschule: „Goldene Kette", Alter Markt.

Die Versammlungen finden am Donnerstag, dem 27. Mai, abends 8 Uhr, statt.

Es ist Pflicht aller proletarischen Eltern, sich an diesen Versammlungen zu beteiligen.

Gemeinschaft prol. Freidenker, Ortsgruppe Halle a. d. S., KPD., Ortsgruppe Halle und SPD. Halle a. d. S.

In der Sonne.

Jeden Mittag führt mich mein Weg zu den Anlagen, die sich vom Stadttheater zur Post herunterziehen. Ein paar Baumreihen und ein wenig Grün machen die „Natur" aus. Der Blick hat kein weites Feld. Auf allen Seiten ist ihm an den Häusern ein Ziel gesetzt. Aber: der Platz, den die Häuser frei gelassen haben, ist groß genug, daß die Sonne ihn ausgiebig bescheinen kann. Wenn sie mittags die Bänke in der Anlage unter „Feuer" hält, dann finden sich viele Menschen ein, um sie zu sonnen. Und welch eine bunte Schar ist es, die das kleine Stück Natur bevölkert:

Eine Bank sieht immer dieselben Gäste. Fünf Invaliden und Veteranen der Arbeit, runzlig und krumm, auf Stöcke gestützt, geben sich hier ein Stelldichein. Man unterhält sich ein wenig. Zu Hause ist's so langweilig. Und: die Sonne ist halt gar so schön!

Auf einer anderen Bank sitzen zwischen Müttern, die strickend und flickend auch an dem Orte der Erholung tätig sind, ein paar junge Burschen, müde und schlafrig. Die Nächte sind kalt, wenn man kein Dach hat. Aber die Mittagssonne ist gnädig und hüllt die beiden jungen Kerle warm ein, daß sie bald friedlich schlummern. Zwischen ihren Beinen krabbeln die Kleinen frisch und munter umher.

Junge Mädchen, die aus den Geschäften kommen, nehmen ein Weilchen in der Sonne Platz. Ihre Nüstern blähen sich und der knospende Busen hebt sich im tiefen Atemzuge, wenn sie, geschlossenen Auges, der Sonne wunderbares Licht sich voll ins Gesicht scheinen lassen.

Eilige, nervöse Herren setzen sich in die Sonne, um einen Blick in die Zeitung zu werfen. Minuten nur verharren sie im Sonnenlicht, um geschäftig weiterzuhasten im Tempo der Zeit.

Menschen jeden Standes und Alters vereint die Frühlingssonne auf diesem kleinen Stück Natur. Fremd sind alle einander im Leben. Die kurze Zeit um Mittag aber vereint sie alle zu der Freude am Licht, am Frühling, am Sonnenschein.

Oh, wunderbare Sonne! G. H.

Ankauf der Dölauer Heide?

Wie wir hören, sind zurzeit zwischen dem preußischen Fiskus und der Stadtverwaltung Verhandlungen im Gange, um die Dölauer Heide in den Besitz der Stadt Halle zu überführen. Bereits in den neunziger Jahren war die Möglichkeit zum Erwerb des hallischen „Stadtwaldes", wie man wohl die Heide bezeichnen kann, gegeben. Damals hat aber die Stadt nicht rasch genug zugegriffen, trotzdem der Preis weit unter einer Million lag. Wenn die Verhandlungen zum Ziele kommen, so würde der Stadt ein 2600 Morgen großer Forst zufallen.

Erleichterungen für die Hauszinssteuer.

Verfrühte Anträge zwecklos.

In einer Berliner Zeitung war vor kurzem ausgeführt worden, daß das am 1. April 1926 in Kraft getretene Reichsgesetz über Aenderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 10. August 1925 Erleichterungen für die Hauszinssteuer durch ihre Staffelung für unbelastete Grundstücke auf 10 Prozent der Friedenswerte, für bis zu 10 Prozent des Friedenswertes belastete Grundstücke auf 15 Prozent usw. vorsehe, daß aber die hierzu notwendigen Landesvorschriften in Preußen bisher nicht erlassen worden seien. Trotzdem war den Steuerpflichtigen empfohlen worden, jetzt schon entsprechende Anträge auf Steuerfindung zu stellen.

Demgegenüber weist der Amtliche Preußische Pressedienst darauf hin, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens der reichsgesetzlichen Vorschriften über die Staffelung der Hauszinssteuer durch das Reichsgesetz vom 18. März 1926 auf den 1. Juli 1926 hinausgeschoben worden ist. Ein Gesetzentwurf zur Durchführung dieser reichsgesetzlichen Vorschriften in Preußen liegt in Gestalt des Urantrages der Koalitionsparteien vom 8. Mai 1926 bereits dem Landtage vor. Wie schon der vom Landtage abgelehnte Entwurf eines Gebäudeentschuldungssteuergesetzes sieht übrigens auch der jetzt vorliegende Gesetzentwurf eine von der Regelung im Reichsgesetz abweichende Staffelung vor. Zu einer solchen Abweichung sind die Länder nach dem Reichsgesetz ausdrücklich befugt. Es würde also verfrüht und zwecklos sein, wenn Steuerpflichtige jetzt schon Anträge auf Steuerermäßigung vor Stundung stellen würden.

Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende Entscheidungen des Kammergerichtes in Aufwertungsfragen bekannt: Gegen die Eintragung eines Rangvorbehaltes im Sinne des § 7 AuvG. ist die Beschwerde ohne die Beschränkung des § 71 Absatz 2 Seite 1 der Grundbuchordnung zulässig. — Sind bei Inkrafttreten des AuvG. wertbeständige, auf Reichsmark ohne eine ausländische Währung lautende Rechte vorhanden, die den aufgewerteten Rechten im Range vorgehen, so bestehen hinter dem ersten und den innerhalb der Mündelsicherheitsgrenze liegenden weiteren aufgewerteten Rechten Rangbefugnisse im Sinne des § 7 Absatz 1 AuvG. nur insoweit, als der Gesamtbetrag der wertbeständigen Rechte 25 Prozent der Goldmarkbeträge der vorhergehenden aufgewerteten Rechte nicht erreicht. (Beschluß des 1. Zivilsenats vom 22. April 1926, 1. X. 231/26).

Bei der Aufwertung hypothekarisch gesicherter Kaufgeldforderungen ist der gegenwärtige Grundstückswert in besonderem Maße zu berücksichtigen. Es ist zulässig, den nach dem Grundstückswertverhältnis errechneten inneren Wert der Kaufgeldforderung als Ausgangspunkt für die Berechnung des Aufwertungsbetrages zu nehmen, es müssen aber auch alle anderen Berechnungsmaßstäbe und Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Ueber den Aufwertungsbetrag, der sich bei Zugrundelegung des für den Verkäufer günstigsten Berechnungsmaßstabes ergibt, darf bei der Aufwertung nicht hinausgegangen werden.

Das Ziel der Auslegung des Aufwertungsgesetzes als eines Sinnahmegesetzes muß sein, dem allgemeinen bürgerlichen Recht möglichst wieder Geltung zu verschaffen. — Die Vorschriften über die Aufwertung der auf Familien- und erbrechtlicher Grundlage beruhenden Ansprüche sind ausdehnend auszulegen, so daß der bevorzugten Ansprüche möglichst erweitert wird. — Die im § 10 Absatz 1 Zeile 1—3 bezeichneten Ansprüche sind frei aufwertbar, auch wenn sie in Darlehen umgewandelt sind, es kommt nur auf das Ursprungsverhältnis an. — Auf die Vorschriften über den öffentlichen Glauben des Grundbuches kann sich der Uebernehmer der persönlichen Schuld nicht berufen. — Die Schuld geht auf den Uebernehmer in dem Entwicklungszustande über, in dem sie sich bei der Schuldübernahme befindet, also auch mit der ihr innewohnenden Aufwertungsfähigkeit, auf die Kenntnis des Uebernehmers kommt es nicht an. (17. Dezember 1925, 9. Aw. III. 478/25.)

Der Grundstückswert muß in zuverlässiger Weise festgestellt werden; Schätzungen, die der tatsächlichen Unterlage entbehren, genügen nicht. Im allgemeinen ist als jetziger Wert der Verkaufswert einzusetzen. — Ueber den Aufwertungsbetrag, der sich bei Zugrundelegung des für den Verkäufer günstigen Berechnungsmaßstabes ergibt (das wird bei Inflationsverkäufen in der Regel der nach dem Grundstückswertverhältnis errechnete Betrag sein), darf nicht hinausgegangen werden. (9. November 1925, 9. Aw. III. 410/25.)

Schützt den Wald.

Mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit regt sich in der deutschen Jugend wieder die Wanderlust. Hinaus geht es in die Natur. Wald und Feld werden durchstreift. Im Interesse der Ertüchtigung unserer Jugend kann man diese Bewegung nur begrüßen. In den letzten Jahren sind aber dem Walde durch Auswüchse dieser Bewegung schwere Schäden erwachsen. Durch das Wegwerfen von Zigarettenresten und von Streichhölzern sowie durch das Anzünden von Alkoholfeuern werden zahlreiche Waldbrände hervorgerufen. Den Anweisungen der Forstbeamten wird in vielen Fällen nicht nur keine Folge geleistet, sondern sie werden beschimpft und anmaßend behandelt. Die erlassenen Verbote werden nicht beachtet. Diese Auswüchse müssen im Interesse der Bewegung selbst und im Interesse des Waldes, des gemeinsamen Gutes aller, mit allen Mitteln bekämpft werden. Jedem, dem die Liebe zum Wandern und zum Wald am Herzen liegt, muß es Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß Gefahren vom Walde ferngehalten werden.

Wer Freude an der Schönheit des Waldes hat, solle diesen Hinweis beherzigen und jede Gefährdung des Waldes vermeiden.

Wohnungen aus Müll. Aus den Mitteln einer großen Inlandanleihe der Stadt Köln soll in Köln mit dem Bau einer Müllverwertungsanlage begonnen werden. Allein aus den 62 Prozent Grobmüll werden dann jährlich im Schmelzverfahren 13 Millionen Ziegelsteine gewonnen werden, die zum Bau von 400 Einfamilienhäusern reichen werden. Aus den 35 Prozent Feinmüll werden Wandplatten usw. hergestellt. Bei der Erzeugung dieser Produkte werden ferner 100 000 Kubikmeter Dampf gewonnen, die umgeleitet 13,5 Millionen Atmosphären Strom ergeben. Da das Werk selber nur die Hälfte dieser Stromenge nötig hat, werden durch Stromabgabe wie den Verkauf von Steinen, Platten usw. zum mindesten die Unkosten gedeckt werden.

Neue Silber- und Nickelmünzen. Im Reichsrat ist eine Vorlage eingebracht worden, die die Prägung neuer 50-Pfennig-Stücke aus Nickel vorsieht. Die bisher im Umlauf befindlichen Münzen dieser Stückelung dürften wegen der großen Nachahmungsgefahr nicht mehr hergestellt werden, ebenso wie auch die Prägung der Rheinland-Jubiläumsmünzen über 3 und 5 Mark eingestellt worden ist. Neu geschaffen werden sollen auch 2-Mark-Stücke, deren Prägung in einem Gesamtbetrage von 500 Millionen Mark bereits in Auftrag gegeben worden ist.

Das überfahrene Signal.

Die Unsicherheit auf der Eisenbahn.

Rationalisierung ist das Wort, das mit furchtbarer Macht Menschen ins Tempo dieses rasenden Zeitalters einspannt, unerbittlich. Berechnet jeder Griff, ausgenutzt die Sekunde, so steht der moderne Proletarier, eine Maschine unter Maschinen, im Produktionsprozeß.

Die Konkurrenz mit Auto und Flugzeug zwingt die Eisenbahn, ihre Arbeitsmethoden immer mehr jenem Taylorismus zu nähern, der heute schon in industriellen Betrieben herrschend ist: Höchste Ausnutzung menschlicher Leistungsfähigkeit durch „rationellste" Arbeitsmethoden!

In einem Betrieb wie demjenigen der Eisenbahn, der Tausende von Menschen täglich ihr Leben anvertrauen, hat die Rationalisierung ihre großen Gefahren. Insofern, als die „technische Rationalisierung" mit derjenigen menschlicher Leistungsfähigkeit nicht immer gleichen Schritt hält. Ein Höchstmaß von Aufmerksamkeit (Konzentration) wird heute vom Lokomotivführer eines Schnellzuges verlangt. Psychotechnischen Eignungsprüfungen wird er unterworfen: Auffassung, Geistesgegenwart, Konzentrationsvermögen und wer weiß was noch alles, werden geprüft, mathematisch festgelegt. 100prozentig muß er sein bei der psychotechnischen Sezierung. Dann kann's nicht schief gehen.

Und er fährt, der hochqualifizierte Lokomotivführer; fährt Jahre, Jahrzehnte. Unfehlbar. Und doch rast er eines Tages auf einen Zug auf. Und die Nachschau ergibt, daß er, der Unfehlbare, der Hochqualifizierte das Signal überfahren hat. Und er schwört Eide, daß er das Signal auf Fahrt gesehen hatte, trotzdem der untrügliche Mechanismus ihm Lügen straft. — Rationalisierung!

Es würde nicht nur von mangelnder Einsicht, sondern geradezu von Narrheit zeugen, wollte man ernstlich gegen die Rationalisierung auftreten. Sie wird mit Notwendigkeit allen und jeden Betrieb ergreifen. Aber, den Vorwurf kann man der Reichsbahn nicht ersparen, daß sie **rationalisiert, wo die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind.**

Es ist doch vorläufig noch **ein Unterschied, ob der „rationalisierte Arbeiter" am fließenden Band bei Ford oder auf der Lokomotive eines D-Zuges steht.** Man vergleiche die Folgen eines „psychischen Versagers" hier und dort! Es müssen Vorkehrungen getroffen sein, die automativ-mechanisch einen psychischen „Versager" an seiner Auswirkung hindern. Dies ist die größte und schwierigste Aufgabe der Reichsbahn. Solange sie nicht gelöst ist, wird man in einer Rationalisierung des verantwortlichen Zugpersonals mit Recht eine Skrupellosigkeit erblicken dürfen.

Der Rundgang, den wir gestern durch den Betrieb der Reichsbahndirektion Halle unter Führung von Präsident Dr. Ing. Heinrich machten, belehrte uns über den Stand der Rationalisierung in diesem, für das deutsche Volk lebenswichtigsten Betriebe. Der Rundgang begann mit der Besichtigung des Lehrstellwerkes auf dem Personenbahnhof. Zur Unterweisung des Personals in der Handhabung der Sicherungseinrichtungen des Eisenbahnbetriebes sind im Reichsbahndirektionsbezirk Halle **zwei Lehrstellwerke errichtet.** Die einzelnen Teile des Lehrstellwerkes entsprechen vollkommen den im Betrieb befindlichen Anlagen. Es sind alle für die Betriebsführung auf Hauptbahnen erforderlichen Einrichtungen vorhanden. Die dazugehörigen Gleisanlagen sind mit den Signalen und dem sonstigen Zubehör an der Wand über den Stellwerken aufgetragen. Darunter befindet sich auf einem Wandbrett ein Gleis, auf dem ein elektrisch betriebener Wagen die gleichen Einwirkungen auf die Stellwerkseinrichtungen ausübt, wie sie die Züge im ordnungsmäßigen Betriebe hervorrufen. Die Anlagen umfassen die einander zugekehrten Hälften zweier benachbarter Bahnhöfe mit einer dazwischen liegenden Blockstelle und einer Blockstelle mit Abzweigung. An Hand dieser Lehrmittel wurden die wesentlichsten Sicherungseinrichtungen erläutert, die bei Nebel, oder an unsichtigen Stellen (Kurven!) noch immer nicht allen Anforderungen genügen.

Man ist mit allen Kräften bestrebt, die Auswirkung des besonders gefährlichen Ueberfahrens von Halbsignalen unmöglich zu machen dadurch, daß **nach dem Ueberfahren eines Halbsignals die Bremsvorrichtung auf der Lokomotive automatisch in Tätigkeit tritt.** Die Lösung dieser Frage, der erhebliche technische Schwierigkeiten im Wege stehen, ist indessen noch nicht über das Stadium der Versuche hinausgelangt.

Auf einer besonderen Höhe steht die Rationalisierung im Rangierbetrieb. Wir hatten Gelegenheit, ein mit allen technischen Errungenschaften ausgestattetes elektrisches Stellwerk in Betrieb zu sehen: **1800 Wagen werden innerhalb 24 Stunden auf die Gleise** verteilt, was ungefähr **3600 Weichenumstellungen erfordert, die ein Mann durch einfachsten Handgriff ausführt.**

Unterrichtsräume mit Projektionsmöglichkeit für mannigfache Lehrfilme vervollständigen die Einrichtungen, die die Reichsbahn in neuester Zeit geschaffen hat.

Ein besonderer Aufsatz wird sich mit dem Güterverkehr des riesigen hallischen Güterbahnhofes befassen.

Dachstuhlbrand. Gestern abend wurde die Feuerwehr nach der Berliner Straße gerufen, wo in dem neuerbauten Gasanstaltsgebäude durch einen überhitzten eisernen Schornstein das Dachgebälk in Brand geraten war. Die Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken. Sachschaden ist gering.

Der Tod auf der Straße. Gestern abend gegen 6 Uhr fiel in der Leipziger Straße eine 70 Jahre alte Frau in Ohnmacht. Sie wurde mit dem städtischen Krankenwagen nach einem Grundstück in der Martinstraße gebracht, wo der hinzugezogene Arzt nur noch den infolge Herzschlags eingetretenen Tod feststellen konnte.

Wettin. Arbeiterwohlfahrt. Die am Dienstag stattgefundene Versammlung war gut besucht, ein Beweis, daß die Frauen mehr Interesse und Idealismus aufbringen als die Männer. Der erste Punkt der Tagesordnung war der Kindertransport nach Düben. Als freiwillige Helferinnen meldeten sich zwei Genossinnen. Der zweite Punkt betraf die Kinderferienwanderung. Es wurde beschlossen, die dazu zur Verfügung stehenden Mittel voll und ganz für die Kinderferienwanderungen zu verwenden, wo allen beteiligten Kindern frische Luft verabreicht werden soll. Im Sommer finden zwei Wohltätigkeitskonzerte statt. Eins wird am 1. August vom „Freien Sängerchor" (Halle) zum Besten des Baues der Kleinkinderschule und der Jugendherberge ausgeführt. Am 8. August, mit der Verfassungsfeier, veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt gleichzeitig ein Kinderfest. Die Nähzimmer sollen während der Sommermonate aus und beginnen erst Anfang September wieder.

Könnern. Nachlese zum Haushaltsplan 1926. Nachdem der Haushaltsplan der Stadt für 1926 von der Stadtverordnetenversammlung mit allen Stimmen von 251 000 Mk. des Voranschlags auf 233 000 Mk., also um 18 000 Mk. herabgesetzt und verabschiedet wurde, wollen wir nicht versäumen, einige Betrachtungen darüber anzustellen. Die bürgerliche Fraktion sah ihre Hauptaufgabe darin, die Ausgaben soweit wie nur irgend möglich herabzudrücken. Sie scheute auch davor nicht zurück, wenn dabei die sozialen Ausgaben, die ohnehin im Etat sehr dürftig sind, gekürzt oder gestrichen werden mußten. Die Mehrheit der Stadtverordneten aber konnte in den meisten Fällen ihre Hand zu Streichungen nicht bieten und erreichte damit, daß der unsoziale Geist nicht zur Herrschaft gelangte. Zur weiteren Bildung der Stadträte werden jetzt die kommunalen Zeitschriften nach eigener Wahl von der Stadt frei geliefert. Nachdem aus finanzwirtschaftlichen Gründen die Streichung der Gebühren für Besuch der gehobenen Klassen (sog. Mittelschule) von 4000 Mk. fallen gelassen war, dafür aber die Vermehrung der Freistellen von 6 auf 20 erreicht wurde, ist auch damit ein Schritt vorwärts getan. Wenn auch langsam, so doch stetig steigt die Summe für unentgeldliche Abgabe der Lern- und Lehrmittel. Wenn wir im Vorjahre schon eine Steigerung um 500 Mk. durchsetzen konnten, gelang es uns jetzt, eine solche um weitere 700 Mk. zu erreichen. Wir müssen nach und nach erreichen, daß den Kindern das notwendige materielle Rüstzeug auf Kosten des Staates gegeben wird. Leider ist es verabsäumt worden, den Wehlisen für Ausflüge der Schule eine Erhöhung zuteil werden zu lassen. Ein weiterer Fortschritt wurde dadurch erzielt, daß für den Ortsausschuß der Arbeiterwohlfahrt 200 Mk. eingesetzt wurden. Wenn auch der Betrag sehr knapp ist, so ist doch wenigstens ein Anfang gemacht worden, dem Bürgermeister zum Trotz, der erklärte, er kenne ein „derartiges Gebilde" nicht. Unsere Vertreter gaben ihm ohnedies genügende Aufklärung. Beim Kapitel Kinderheim, das vor Jahresfrist auf die Initiative der Arbeiterwohlfahrt hin wiedereröffnet wurde, verlangten unsere Genossen, daß der Besuch frei sein sollte. Das lehnte der Magistrat ab, versprach aber die Gebühren nach Anzahl der Kinder herabzusetzen. Demnach würde ein Kind 50 Pf. jedes weitere 25 Pf. zahlen müssen. Diesen Zustand noch abzustellen wird unsere Aufgabe sein. Die Kreis- und Provinzabgaben setzte die Stadtverordnetenversammlung um 14 000 Mk. herunter. Nach längerem Hin und Her wurden schließlich folgende Sätze an Steuern beschlossen: Grundvermögen 250 Prozent, Gewerbesteuerertrag 380 Prozent, Gewerbesteuerkapital 1380 Prozent, dann noch die gesetzliche Erhöhung für Filialbetriebe. Wenn nun bei diesen Sätzen die Stadt sich sehr anstrengen muß, um durchzukommen, so kann sie sich bei der bürgerlichen Fraktion bedanken. Es ist nicht ausgeschlossen, vielmehr sehr wahrscheinlich, daß eine Nacherhebung stattfinden muß. Sehr nebensächlich ist unsere Badeanstalt behandelt worden. Es muß aber unbedingt versucht werden, einigermaßen erträgliche Zustände dort zu schaffen zum besten der Volksgesundheit. Was Alsleben möglich war, sollte Könnern nicht unmöglich sein! Für den Wohnungsbau sieht der Etat nichts vor. Wenn es dem Kreis möglich war, eine Millionen-Anleihe für diesen Zweck zu bekommen, sollte es der Stadt auch möglich sein, 50 000 Mk. zu erhalten! Für die überaus primitive Jugendherberge ist kein Pfennig vorgesehen, ebensowenig für den Ausbau des Jugendheims. Neben anderen Fragen sind die hier erwähnten diejenigen, denen die Stadtverordnetenversammlung ihre besondere Aufmerksamkeit in Zukunft zuwenden muß. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, im Laufe dieses Jahres weitere Verbesserungen sozialer Art zu erreichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260527-19/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Landeserziehungsheim für schulentlassene Mädchen.

Die Errichtung in Eilenburg vom Provinzialausschuß endgültig beschlossen.

Der Provinzialausschuß trat am 26. Mai in dem dem Provinzialverbande von Sachsen gehörigen Landeserziehungsheim in Nordhausen zu einer Sitzung zusammen. Vor der geschäftlichen Sitzung fand eine eingehende Besichtigung des Landeserziehungsheims statt als Vorbereitung für die Beschlußfassung über den Bau eines neuen Heims für schulentlassene Mädchen in Eilenburg. Der 41. Landtag der Provinz Sachsen hatte bekanntlich beschlossen, ein Landeserziehungsheim für schulentlassene Mädchen zu errichten mit der gleichzeitigen Bedingung, daß die Kosten eine erhebliche Verbilligung erfahren und als erste Rate nicht, wie in der Vorlage vorgesehen war, 600 000 Mk., sondern nur 400 000 Mk. auf dem Anleihewege aufzunehmen sind. Die Ausführung dieses Beschlusses ist dem Provinzialausschuß überwiesen worden. Auf Drängen der Sparsamkeitsfanatiker auf der Rechten hat sich die Provinzialverwaltung bemüht, die in der ursprünglichen Vorlage auf 1,9 Millionen Mark veranschlagten Kosten um ein erhebliches Maß herabzusetzen. Durch Beschränkung des Rauminhalts an den Gebäuden, Streichung zahlreicher Nebenkosten einschließlich der Aufwendung für das Inventar, ist eine Herabsetzung der Baukosten um 340000 Mark erzielt worden, so daß der gesamte Aufwand sich nunmehr auf 1 560 000 Mark beläuft. In diesem Preise sind sämtliche Nebenkosten, insbesondere aber auch die vorgesehenen Kosten zum Erwerb von etwa 60 Morgen Land, enthalten. Die Provinzialverwaltung ist hierbei unter Verzicht auf mancherlei im Interesse der Sache erwünschte Einrichtungen und auf alle entbehrliche Ausschmückung bis an die äußerste Grenze gegangen. Weitere Abstriche konnten nicht gut verantwortet werden, wenn die Erreichung des Erziehungszwecks, dem die Anstalt zu dienen hat, nicht in Frage gestellt und der Gesichtspunkt einer soliden Bauausführung nicht außer acht gelassen werden sollte. Mit den Bauarbeiten soll baldmöglichst, spätestens am 15. Juli, begonnen werden.

*

Rechtsanwalt und Notar Dr. Zehle (Magdeburg) hat sein Mandat als Provinziallandtagsabgeordneter niedergelegt; an seine Stelle tritt Dr.-Ing. Neunhäußer (Magdeburg) als Mitglied in den Provinziallandtag ein, was der Provinzialausschuß ordnungsmäßig feststellte. Zum Mitglied für den Grundsteuerberufungsausschuß zu Erfurt wurde für den ausgeschiedenen Kaufmann Klein der Kaufmann Reeh (Erfurt) gewählt. Als Direktor des Landespflegeheims und der Arbeitsanstalt Großsalze wurde der aus den Grenzgebieten ausgewiesene Bürgermeister i. R. Howe angestellt.

Zu den Planierungsarbeiten im Gebiete der Holtemme und des Zillierbaches wurde eine Beihilfe bewilligt; ebenso bewilligte der Provinzialausschuß 7650 Mk. zur Beschleunigung der geologisch-agronomischen Aufnahmearbeiten in der Provinz Sachsen und 6000 Mk. der Historischen Kommission aus Anlaß ihrer 50-Jahr-Feier. Die Mißernte des vorigen Jahres hat es den Landwirten im Kreise Osterburg nicht ermöglicht, die ihnen gewährten Wasserschadenkredite zurückzuzahlen. Der Provinzialausschuß hat sich deshalb damit einverstanden erklärt, daß der Provinzialverband die nicht zurückgezahlten Teile zu je einem Viertel bis zum 1. Dezember 1927, 1928, 1929 und 1930 zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz stundet. Der Provinzialverband behält sich aber vor, falls die kurzfristige Finanzierung dieser Kredite erhebliche Schwierigkeiten bereitet, vom preußischen Staat die Vorhaltung der Beträge zu fordern.

Zu der Meldung, daß die 5-Millionen-Anleihe des Provinzialverbandes für die Sächsische Provinzialbank und die geplante Stadtschaft der Provinz Sachsen sowie die Satzungsänderung der Provinzialbank nicht genehmigt seien, teilte der Landeshauptmann berichtigend mit, daß die Entscheidung der zuständigen Ministerien in allen drei Angelegenheiten bisher nicht erfolgt ist. Es bestehe die begründete Hoffnung, daß alle Widerstände auf dem Verhandlungswege beseitigt und ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird.

Sangerhausen. Mitgliederversammlung des Ortsvereins. Am Freitag, dem 28. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Herrnkrug" die fällige Monatsversammlung statt. Wir machen unsere Mitglieder ganz besonders darauf aufmerksam, daß es ihre Pflicht ist, in dieser politisch so sehr bewegten Zeit vollzählig zu erscheinen. Die letzte Vorstandssitzung hat sich mit der Politik der Reichstagsfraktion befaßt und sie ist zu dem Beschluß gekommen, in der Mitgliederversammlung eine Aussprache über dieses Thema herbeizuführen. Hierzu wird der Genosse Brüll einen kurzen instruktiven Vortrag halten, dem eine ausführliche Aussprache folgen soll. Weiter gilt es vorbereitende Maßnahmen zum Volksentscheid zu treffen, denn, Genossinnen und Genossen, unsere Gegner treffen alle Vorkehrungen, das gute Resultat, welches wir beim Volksbegehren zu verzeichnen hatten, wieder zunichte zu machen. Wir alle kennen ja die Kampfesweise der Sangerhäuser Reaktion und ganz besonders die ihres Häuptlings, des Herrn Gerth, demgegenüber müssen wir gerüstet sein und es stehen uns Mittel und Wege genügend zur Verfügung, um diese dunklen Pläne zunichte zu machen. Nur ist es notwendig, daß wir alle unsere Pflicht tun.

Wallhausen. Vor der Inbetriebnahme des Röhrigschachtes. Die Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung des Röhrigschachtes sind im vollen Gange. Man hofft, sie in ungefähr vier Wochen zu Ende zu bringen, so daß dann der Schacht in Betrieb genommen werden könnte. Die Stollen sind schon vollkommen trocken gelegt. Kupfererz wird zunächst nicht gefördert, da vorerst noch Schiefermassen weggeräumt werden müssen. Die gefundenen Erze werden zunächst aufgestapelt, bis die Frage des Transportes nach einer Schmelzhütte gelöst worden ist. Dafür in Frage kommen die Krughütte bei Eisleben und die Kochhütte bei Helbra.

Zschornewitz. Anstellung eines Gemeindevorstehers. Bei dem Anwachsen der Gemeinde werden die Verwaltungsgeschäfte immer komplizierter, so daß jetzt die Gemeindevertretung beschlossen hat, die Stelle des Gemeindevorstehers, die bisher nebenamtlich von einem Angestellten der Elektrowerke, dem Genossen Baudi, nebenamtlich versehen wurde, künftig hauptamtlich zu besetzen.

Düben. Unfall. Im Naturfreundeheim „Eisenhammer" bei Tornau verunglückte am zweiten Feiertag der 19jährige Franz Hennig aus Leipzig, der durch Ausrutschen einen Oberschenkelbruch und eine schwere Kniescheibenverletzung erlitt. Dübener Arbeitersamariter leisteten ihm die erste Hilfe und mußten ihn mit dem Krankenwagen nach hier transportieren und dann nach ärztlicher Untersuchung nach Leipzig überführen.

Torgau. Aus dem Gewerkschaftskartell. Die letzte Kartellsitzung stand sichtlich unter dem Zeichen „oppositioneller Aufbauarbeit". Allgemeinverständlich ausgedrückt heißt das: die Pleite kommunistischer Treibereien. Den Kommunisten konnte es daher außerordentlich willkommen sein, daß die Kollegen der Amsterdamer Richtung bis auf den Kassierer und die Revisoren nicht erschienen waren. Einigen Eingängen, unter denen die Frage der Sammellisten für den englischen Streik als inzwischen erledigt angesehen werden konnte, folgte der Kassenbericht für das erste Quartal 1926. Zunächst wies der Kassierer darauf hin, daß es Pflicht aller Gewerkschaften sei, bestimmt und frühzeitig abzurechnen, damit auch die Verpflichtungen gegenüber dem Bezirk erfüllt werden könnten. Einige Gewerkschaften haben bislang noch nicht abgerechnet. Dann erläuterte Kollege Franke die kassentechnische Buchführung und die damit zusammenhängenden Fragen. Der Bericht ergab, daß eine Einnahme von 264,45 Mk. und eine Ausgabe von 215,25 Mk. vorhanden ist, so daß sich ein Bestand von 49,20 Mk. ergibt. Die Maifeier schloß mit einem Defizit von 32,25 Mk. ab. Dieses Defizit hätte sehr wohl vermieden werden können, wenn in ordnungsliebender und verantwortungsbewußter Weise gearbeitet worden wäre. Das Gegenteil kann jedoch bewiesen werden, und es war nur zu gut und angebracht, daß der Kassierer objektiv berichtete, wie die Dinge liegen. Dabei kamen die Kommunisten nicht glimpflich weg. Unter deren Methoden hat es auch passieren können, daß die Kartellkasse jetzt vollkommen auf dem Nullpunkt steht, ja sogar noch Schulden hat. Nach längerer Aussprache wurde die Entlastung erteilt. Der Bericht über die Saalbestellung zur Maifeier war ein erneuter Schlag ins Gesicht der Kommunisten. Durch ihren eigenen Antrag haben sie erreicht, daß die Wahrheit sich vollends durchsetzte. Während Frau Voigt vorher steif und fest auf ihrem Standpunkt beharrte und die Delegierten wissentlich irreführte, ergab sich jetzt das Gegenteil; man entschuldigte das mit einem Irrtum. Nach längerer Debatte wurde die Liste zum Arbeitsnachweisausschuß wie folgt aufgestellt: 1. Frau Voigt, 2. Schmidt (Annaburg), 3. Werner (Demmitzsch), 4. Schneider. Die 5. und 6. Stelle hat man für die Landarbeiter frei gelassen; vorher war dafür die 8. und 6. Stelle offen. Die Landarbeiter sind dem Kartell jedoch ferngeblieben. Auf die Liste der Ersatzleute wurde ferner ein Angestelltenvertreter gesetzt.

Torgau. Rowdytum unter „nationalen" Deckmänteln. Als in der vorigen Woche die Reichswehr und vornehmlich die Kapelle aus Züllichau unser Städtchen besuchte, ließ es uns herzlich wenig kümmern, daß die Reichswehr während drei Vormittagen einen Spazierritt unter Fanfarenklängen durch die Straßen der Stadt unternahm und des Abends Platzkonzerte gab, im Verlaufe deren in erster Linie Muttersöhnchen und „höhere Töchter" in „stürmische Ovationen" beim Deutschlandlied ausbrachen. Die Reichswehr selbst aber darf zu politischen Leidenschaften keinen Vorschub leisten. Daß es an dem ist, haben Angehörige der Reichswehr am Dienstagabend bewiesen. Im „Café Wettin" verlangten anwesende Gäste und Reichswehrsoldaten das Deutschlandlied. Die Kapelle spielte es und die Anwesenden sangen es stehend mit. Zwei Gäste hatten das Theater aber nicht mitgemacht. Sofort stürzten sich mehrere Personen auf diese beiden und wollten ihnen offenbar beweisen, was national heißt. Beide Gäste waren anständig genug, den Frieden des Hauses zu wahren, und verließen das Café. Während aber der eine, ein Reichsbannerkamerad und Schupobeamter, unbehelligt die Straße erreichen konnte, erwischte man den Obergerichtsvollzieher Wölfer aus Torgau im Hausflur und schlug ihn derart, daß er einige nicht unerhebliche Kopfverletzungen davontrug. Nun steht der Verletzte keineswegs in dem Rufe, Mitglied einer Linksorganisation zu sein; um so mehr wird ihm zum Bewußtsein kommen, daß es mit der Art „nationaler" Verteidiger äußerst schlimm steht. Zulukaffern und sonstigen unkultivierten farbigen Rassen macht man derartige Taten (siehe Rheinland) zum schweren Vorwurf. Im Innern, in der „gefahrlosen" Zone, jedoch ist man selbst nicht anders. Wir sind neugierig, zu erfahren, wie in Zukunft der Wirt sich die Verhütung derartiger Schandtaten denkt und wie weiter die Strafanträge behandelt werden.

Liebenwerda. Die Not der Kriegsopfer. Durch die zunehmende Verschlechterung der sozialen Fürsorge und der Versorgung durch Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums hat in weiten Kreisen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine erhebliche Verstimmung und Besorgnis um ihre Zukunft Platz gegriffen, die darin zum Ausdruck kommt, daß ein neuer Zustrom zum Reichsbund der Kriegsbeschädigten in den meisten Orten des Kreises eingesetzt hat. Es konnten somit in letzter Zeit von der Kreisverbandsleitung des Reichsbundes mehrere Ortsgruppen neu gegründet werden. Auch in den übrigen Orten hat sich die Mitgliederstärke erhöht. Die Erkenntnis, daß nur ein fester Zusammenschluß der Kriegsopfer einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage wirksam begegnen kann, ist durch diesen neuen Aufstieg der Organisation sichtbar zum Ausdruck gekommen. Der Kreisverband Liebenwerda im Reichsbund zählt mehr als 2000 Mitglieder in seinen Reihen.

Liebenwerda. Verängstigte Spießer. Am Abend des 2. Pfingstfeiertages passierten gegen 20 Lastkraftwagen des Roten Frontkämpferbundes auf ihrer Rückkehr von Berlin unsere Stadt, in der einige Häuser, darunter die von einzelnen Demokraten, aus Anlaß des Schützenfestes mit der schwarzweißroten Parteifahne der Reaktion geschmückt waren. Die Roten Frontkämpfer rissen bei ihrer Vorbeifahrt an dem Haus eines Demokraten zunächst einige solcher Fahnen ab und schleiften sie durch die Straßen. Auf dem Roßmarkt stoppte darauf der Wagenpark und die Besatzung verließ in größter Ruhe die Wagen. Beklommenen Herzens standen die starken, teutschen Männern hinter den Fenstern. Die schwarzweißroten Fahnen verschwanden still von den Masten und Fenstern. Auf den Straßen war kein Stahlhelmmann mehr zu sehen. Alle dröhnenden Worte von der mannhaften Abwehr des roten Terrors waren vergessen. Einige hundert Kommunisten hatten durch ihre Anwesenheit die Spießerherzen mit lähmender Angst erfüllt. Nach kurzem Aufenthalt verließen die Wagen die Stadt unter dem Absingen der Internationale durch die Kommunisten. Und die Tapferkeit des nationalen Bürgertums wird wieder erwachen. Mit dieser Sorte Tapferkeit dürfte es allerdings bald am Ende seines Lateins sein.

Elsterwerda. Schwarzweißrotes Pfingsten. Reichlicher Girlanden-, Birken- und Flaggenschmuck in den alten monarchistischen Farben zeigte unserem Städtchen während der Feiertage an, daß der hiesige Militärverein sein 60. Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe, beging. Auch ein großes Ehrentor mit dem Wilhelmskuckuck hatte man errichtet. Das Schauspiel ähnelte einem Kinderfest der Großen. Angeblich ist der Militärverein ein Kameradschaftsverein und politisch neutral, jedoch daß im Zuge die Stahlhelmer, Wehrwölfler und vaterländischen Frauen nicht fehlen durften, sprach sehr dagegen. Aber auch unglückseliges Pech hatten unsere Schwarz-Weiß-Roten. Daß gerade die Kommunisten vom Gau Ostsachsen auf ihrer Rückreise von Berlin hier durchfuhren, konnte man nicht wissen. Der überreichliche schwarzweißrote Fahnenschmuck und der Wilhelmskuckuck hatten es nun den Leninjüngern angetan. Sie wollten seine Fittiche streicheln, jedoch muß er gekratzt haben, denn plötzlich flog er samt seines Schmuckes auf die Straße. Auch wurden viele Fahnen und Girlanden zu Boden geworfen. Na, nur nicht schadenfroh, der Stahlhelm und seine Jünger werden bei passender Gelegenheit abrechnen. Der Wilhelmkuckucksflug soll noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Von unserer Seite sei bemerkt, daß kein Bürger hier die deutsche Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold zeigte.

Mückenberg. Ein neuer Bubigspaß. Als neueste Attraktion ist hier die vom Bubiaggewaltigen Geiger geschaffene Bergkapelle zu bestaunen. Das heißt, neu ist daran eigentlich nur die prunkvolle Uniform, während die darinsteckenden Gestalten recht bekannte Gesichter aus bisherigen Ländchenkapellen aufweisen. Erstaunlich ist, daß trotz der dauernden Klagen über Wirtschaftsnot und schlechten Geschäftsgang immer wieder Geld da ist, um derartigen Hokuspokus in die Welt zu setzen, von dem schließlich angesichts der zahlreich vorhandenen Kapellen auch der vernageltste Bubiaganhänger nicht behaupten kann, er diene zur Beseitigung eines langgefühlten Bedürfnisses. Während andererseits für wirklich notwendige Dinge kein Pfennig ausgegeben werden kann, läßt man sich derartige Späße, die der derzeitige Direktor zur Erhöhung des Glanzes seiner Aera bedarf, gut und gerne einige Tausend Mark kosten. Wahrscheinlich will man die Musikanten in Betrieb setzen, damit die Bubiagproleten in den kommenden Wochen und Monaten, für die zahlreiche Feierschichten angekündigt worden sind, das Knurren ihres eigenen Magens nicht hören sollen. Hoffentlich besinnen sich die Bubiagarbeiter recht bald und machen Herrn Geiger klar, daß dazu schon andere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Bockwitz. Postalisches. Vom 1. Juni an wird hier wieder die zweite Ortsbriefzustellung eingeführt. Die Briefsendungen, die mit der Kraftpost 3.41 Uhr nachmittags eingehen, werden in Zukunft noch an demselben Tage abgetragen werden. Vom gleichen Zeitpunkt an werden die Briefkästen im Ortszustellbezirk außer den bisherigen Leerungen noch um 6 Uhr früh geleert, so daß die Sendungen mit dem ersten Postzuge in Richtung Falkenberg — ab Mückenberg 7.03 Uhr — befördert werden können. Diese Verkehrsverbesserungen werden sicherlich von der Einwohnerschaft begrüßt werden.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 27. Mai 1926.

„Freies Volk".

Der Film „Freies Volk", gegen den in letzter Zeit die Hintermänner der Arbeitgeberverbände in ihren Zeitungen eine Hetze veranstalteten, um der Arbeiterschaft keine Aufklärung zukommen zu lassen, läuft ab Freitag, dem 28. Mai, im Uniontheater (Beths Gesellschaftshaus). Wir ersuchen die Arbeiterschaft, die Vorführung durch Besuch zu unterstützen. Vom Ortsausschuß des ADGB. ist vereinbart, daß auch den erwerbslosen Kollegen für einen niederen Eintrittspreis die Möglichkeit gegeben ist, sich den Film anzusehen. Zwecks Kontrolle werden für die erwerbslosen Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften Ausweise im Bureau des Baugewerksbundes verabreicht. Die erwerbslosen Kollegen müssen aber am Freitag wie am Sonnabend die Anfangsvorstellung um ½7 Uhr, am Sonntag die Nachmittagsvorstellung um 4 Uhr besuchen. Arbeiter, Angestellte, Beamte, unterstützt Euren Film! **Ortsausschuß des ADGB.**

Sängertreffen. Das am 1. Pfingstfeiertag verregnete Sängertreffen in Leißling findet bestimmt am kommenden Sonntag statt. Die Arbeitergesangvereine Merseburg, Neurössen, Dürrenberg, Kötschen-Beuna und Lauchstädt werden hiermit nochmals aufgefordert, sich zahlreich zu beteiligen. Der Merseburger Volkschor fährt 8.06 Uhr. Freunde und Gönner der Arbeitersängersache nebst Familien können sich beteiligen.

Berichtigung der Stimmlisten zum Volksentscheid. Diejenigen Einwohner, welche a) nach dem 29. November 1925 das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben oder bis zum Wahltage am 20. Juni 1926 vollenden, b) seit dem 1. Oktober 1924 innerhalb des Stadtbezirkes umgezogen sind, werden hiermit aufgefordert, sich in der Zeit vom Donnerstag, dem 26. Mai 1926 bis einschließlich Sonnabend, dem 5. Juni 1926 während der Dienststunden im Polizeimeldeamt, Rathaus, Zimmer Nr. 21, in die dort ausliegenden Wählerlisten nachtragen bzw. umtragen zu lassen. Geburtsschein bzw. der polizeiliche Anmeldeschein sind vorzulegen.

Weißschütz. Egoisten. Die hiesigen bürgerlichen Gemeindevertreter entpuppen sich bei jeder Gelegenheit als Menschen, die in egoistischer Weise nur ihre persönlichen Interessen vertreten und ihre Mitmenschen im Elend umkommen lassen. Das zeigte sich in der letzten Gemeindevertretersitzung auch an einem weiteren Fall. Die ledige Arbeiterin Ladke hat, nachdem jetzt ihr Vater verstorben ist, erneut einen Antrag auf Fürsorgeunterstützung für ihr uneheliches Kind eingereicht. Ihr erster Antrag wurde damals mit 8 gegen 4 Stimen mit der Begründung abgelehnt, daß ihr Vater mit für das Kind zu sorgen hätte. Trotzdem dieser inzwischen verstorben ist, wollte man auch diesmal die Bedürftigkeit nicht anerkennen, obgleich die Ladke infolge eines Leidens nicht in der Lage ist, dauernd einem Erwerb nachzugehen. Unsere Genossen traten für Anerkennung der Bedürftigkeit ein, worauf die Gegenseite durch den Mund des Herrn Lehrers als Führer der Bauernliste erklären ließ, daß die Ladke bei sechs Mark Wochenlohn sehr wohl in der Lage sei, sich und ihr Kind zu ernähren. Als nun Genosse Ullrich diesen Herrn Volkserzieher fragte, ob auch er das fertig brächte, für sechs Mark wöchentlich sich und ein Kind zu ernähren und zu kleiden, ob auch er mit den erbärmlichen Verhältnissen einer Arbeiterfamilie fürlieb nehmen würde, da erklärte dieser gute Mann, daß er sich dann einfach aufhängen würde, da er ein besseres Leben gewöhnt sei. (Mit diesem Ausspruch dürfte wohl glänzend dokumentiert sein, wie rosig glänzend die Lage einer Arbeiterfamilie ist! Man kennt also die peinliche und erbärmliche Lage der Arbeiterklasse ganz deutlich, wagt sich aber doch zu behaupten, daß der Arbeiter selbst bei dem geringsten Einkommen in der Lage sein muß, seine Familie pflicht- und standesgemäß zu ernähren; ja standesgemäß, weil er ein anderes Leben nicht gewöhnt ist! Nach Ansicht des Herrn Kantors also, und das ist ja die Ansicht der gesamten bürgerlichen Klasse, sollten sich die Arbeiter lieber aufhängen, wenn sie es nicht verstehen, ihre Familie zu ernähren. Eine größere Verhöhnung der Arbeiterklasse kann es wohl nicht geben, und wir werden es den Herren bei den nächsten Gemeindevertreterwahlen wieder ins Gedächtnis zurückrufen, wenn sie wieder um die Stimmen der Arbeiter buhlen. — D. B.) Nachdem nun Genosse Bilke den Herren den Standpunkt nochmals klar gemacht hatte, wurde der Antrag mit 8 gegen 3 Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die drei auf der Bauernliste mitgewählten Arbeiter haben natürlich keinen Funken sozialen Verständnisses; sie stimmen ja stets gegen ihre eigenen Klassengenossen! Das sollten die Weißschützer Arbeiter nicht vergessen bei den künftigen Wahlen zur Gemeindevertretung, damit solche Speichellecker ein für allemal abgetan sind.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 27. Mai 1926.

Die Erwerbslosigkeit im Mansfelder Seekreis.

Die letzte Zählung der Erwerbslosenunterstützungsempfänger im Bezirke des Arbeitsamtes Eisleben ergab, daß auf den Mansfelder Seekreis entfallen: Hauptunterstützungsempfänger über 21 Jahre 1205 (1084), unter 21 Jahre 363 (227), weibliche Personen überhaupt 6 (5), Zuschlagsempfänger (Ehefrauen und Kinder) 2021 (1824).

Bennstedt. Die scharfen Stecher. Dem Kriegerverein Bennstedt fehlt es seit langem an geigneter Betätigung zur Aufhellung der nationalen Gemüter. Infolgedessen beschäftigten sich in den letzten Monaten wiederholt Sitzungen mit der Frage, wie der entschlafene Kampfgeist wieder zu patriotischem Tun angeregt werden könnte. Dabei ergab sich trotz reichlichen Konsums des „deutschen Labetrunkes" als einzigste Feststellung die der Unlust zu irgendeiner gefahrdrohenden Aktion. Um die nationale Sache aber nicht versacken zu lassen und um endlich einmal eine Gelegenheit zu haben, schöne bunte Uniformen vom Mottenpulver zu befreien oder solche aus dem hallischen Trödel zu entleihen, beschloß man ein „scharfes Stechen". Die Pferde stellten die Bauern und so konnte man denn zu Pfingsten — nachdem mehr oder weniger geglückte Reitversuche vorgenommen worden waren — eine bunte Gesellschaft hoch zu Roß als Ritter mit und ohne Behang, Herolde, Husaren, Kürassiere herumreiten sehen. Sogar ein berittener Kriegerhauptmann war darunter, der allerdings seine ehemalige Traingefreiten-Uniform zu Hause gelassen hatte. Frühmorgens fielen bereits die ersten von den Rössern. Hauptmann und Herold beteiligten sich nicht am Stechen, auch der Schulmonarch fiel schon früh von seinem Edelhengst. Nur ein bescheidenes Häuflein stecherte nach dem im Winde wehenden Kranze, wozu man sich zwar nicht der ritterlichen Lanze, sondern nur dürftiger Stöcke bediente. Die Jugend von Bennstedt mußte feststellen, daß ihr harmloses Kranzreiten nunmehr von den gewaltigen Kriegern in Erbpacht genommen wurde. Tröstend für sie war nur die Tatsache, daß einer der früheren KPD.-Schreier treu und brav im Husarenjäckchen mitritt. Uebrigens kam auch ein Unfall vor. Einer der Mitreitenden, ein armer über fünfzig Jahre alter Knecht stürzte und zog sich schwere Verletzungen zu, an denen er noch darniederliegt. Die scharfen Stecher aber denken mit trüben Schädeln jetzt über die Jämmerlichkeit des Stechkampfes nach.

Mansfeld. Der Haushaltsetat angenommen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Etat für 1926/27, der in Einnahme und Ausgabe mit 81 615 Mk. abschließt, von der Mehrheit angenommen. An Kommunalsteuern sollen erhoben werden: 400 Prozent für unbebaute Grundstücke, 260 Prozent für bebaute Grundstücke, 550 Prozent Gewerbesteuer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260527-19/fragment/page=0006

Gewerkschaftliches.

Die Wartegeldempfänger als Mädchen für alles.

Als Lohndrücker und zur Verdrängung der Arbeiter.

Der 24. Ausschuß des Reichstages hatte in einer einstimmig gefaßten Resolution gefordert, daß die auf Wartegeld gesetzten Beamten entsprechend den Bestimmungen des Reichsbeamten-Gesetzes wieder praktischer Betätigung zugeführt werden sollen. Es erschien auf die Dauer doch nicht mehr tragbar, daß Tausende von vollerwerbsfähigen Menschen zum Teil erhebliche Summen aus öffentlichen Mitteln bezogen, ohne dafür produktive Tätigkeit im Interesse der Volksgemeinschaft zu leisten.

Das Reichsfinanzministerium legte in einer Besprechung den Spitzenorganisationen einen Entwurf auf Grund der Entschließung des 24. Ausschusses vor, der sich wie ein Hohn auf den einstimmig gefaßten Beschluß dieses Ausschusses ausnimmt. Der Artikel 1 dieses Entwurfes bestimmt, daß ein Beamter die Zeit seines einstweiligen Ruhestandes nur zur Hälfte angerechnet bekommt. Der Artikel 2 des Regierungsentwurfes verpflichtet auch die Beamten der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die ja jetzt mehr Beamte des öffentlichen Rechts sind, zur Annahme einer Beamtenstelle im Gesellschaftsdienste.

Geradezu skandalös wirkt sich jedoch der Artikel 3 des Entwurfs aus. Er verpflichtet den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Reichsbeamten, jede vorübergehende Beschäftigung im Reichsdienste zu übernehmen, sofern diese Tätigkeit seiner allgemeinen Berufsbildung entspricht und man ihm eine mindestens dreimonatige Verwendung zusichert.

Sollte dieser Entwurf des Reichsfinanzministers Gesetz werden, so würden in ganz kurzer Zeit die Eisenbahnarbeiter, die heute noch in Brot und Lohn stehen, auf die Straße gesetzt werden, da die Hauptverwaltung der Reichsbahn auf dem Standpunkte steht, daß sie einen aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Beamten unter Mißachtung verfassungsrechtlicher Bestimmungen jederzeit in das Arbeiterverhältnis rücküberführen kann. Es scheint so, als ob der Artikel 3 dieses Entwurfs des Reichsfinanzministeriums auf Anregung der Hauptverwaltung der Reichsbahn entstanden wäre, um mit einem Schlage alle auf Wartegeld gesetzte Beamte wehrlos in die Hand zu bekommen, sie dann den Werkstätten und dem Betriebe als Arbeiter zuzuführen, um die alten Stammarbeiter los werden und entsprechende Ersparnisse machen zu können.

Selbstverständlich haben die Spitzenorganisationen unter schärfstem Protest diese neue volkswirtschaftliche Schädigung abgelehnt, nicht zuletzt auch darum, weil es sich auch um einen sehr starken Eingriff in die nach Artikel 129 der Reichsverfassung wohlerworbenen Rechte der Beamten handelt. Man beabsichtigt trotz des Protestes der Spitzenorganisationen diesen geradezu unglaublichen Gesetzentwurf dem Reichskabinett und dem Reichsrat vorzulegen, da er noch vor dem 30. Juli verabschiedet sein muß.

Die Arbeitslosigkeit.

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Mai blieb hinter dem Rückgang in der zweiten Aprilhälfte etwas zurück. Die Zahl der Hauptunterstützten sank von 1 782 000 auf 1 742 000. Der Rückgang kam hauptsächlich den männlichen Unterstützten zugute, deren Ziffer von 1 465 000 auf 1 425 000 herunterging. Die Zahl der weiblichen Unterstützten blieb im großen und ganzen dieselbe. Bei den Zuschlagsberechtigten ist ein Rückgang von 1 818 000 auf 1 764 000 zu verzeichnen.

Die Ursache der Verminderung des Rückgangs liegt in zwei Faktoren: Zunächst ist die Nachfrage der Landwirtschaft nach Arbeitskräften Anfang Mai nicht mehr so stark wie im April; sie setzt erst wieder im Juni stärker ein. Ferner hat der englische Streik, von dem naive Gemüter eine Belebung der deutschen Wirtschaft, vor allem des Kohlenbergbaues, erhofften, den Beschäftigungsgrad in Deutschland gedrückt. Je mehr Weltwirtschaft, je mehr gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Industrieländer, desto weniger gilt das Wort: Anderer Leute Tod ist mein Leben.

Gewerkschaftskartelldelegierte!

Am Freitag, dem 28. Mai, findet im „Volkspark" eine wichtige Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. statt. Die Tagesordnung weist u. a. den Geschäftsbericht und die Neuwahl des Vorstandes auf. Es ist Pflicht eines jeden Kartelldelegierten, diese Sitzung zu besuchen.

Am 9. Juni Verhandlung im Reichsbahnkonflikt. In dem bekannten Streit der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Reichsregierung wegen Zulässigkeit der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, hat der Vorsitzende des Reichsbahngerichts Termin zur Beratung und Entscheidung auf den 9. Juni 1926 anberaumt.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 452).

Freitag: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben. 7.30 bis 8 Uhr: Walter Salzmann: „Die Erforschung des Vogelzuges". 8.15 Uhr: Symphoniekonzert. Darauf: Funkbrettl.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Freitag: 1.05 bis 1.35 Uhr: E. Graef: „Die Kunst des Sprechens für Schüler". 3 bis 3.30 Uhr: Spanisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Rektor Karselt: „Die wirtschaftlichen Grundtatsachen". 4 bis 4.30 Uhr: Dr. Käthe v. Herwarth: „Die wirtschaftlichen Aufgaben der Landfrau". 4.30 bis 5 Uhr: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5 bis 5.30 Uhr: Dr. Max Winckel: „Zucker und Honig". 7.30 bis 8.20 Uhr: Fortbildungsvorträge für Aerzte. 8.30 bis 10 Uhr: Feier anläßlich des 600jährigen Bestehens der Stadt Marienburg.

Sport und Spiel.

Arbeiter-Athletenbund, 5. Kreis

Die Bundesmeisterschaften.

Am 2. Feiertag fanden obige Meisterschaften in Ludwigshafen vor ungefähr 20 000 Zuschauern statt, und zwar im Gewichtheben, Boxen und Ringen. Im Gewichtheben traten folgende Mannschaften an: Berlin, Friesenheim, Magdeburg und Bremerhaven. Sieger wurde mit etwas Glück Friesenheim, da sich Berlin eine ganze Uebung von 210 Pfund verscherzte. Berlin stellte allein vier neue Rekorde auf und wurde zweiter vor Bremerhaven. Folgende Höchstleistungen wurden erreicht: Einarmig Reißen 155 Pfd., zweiarmig Reißen 210 Pfd., einarmig Stoßen 180 Pfd., zweiarmig Stoßen 260 Pfd. — Zum Boxen traten folgende Mannschaften in den Ring: Leipzig, Halle, Essen und Rieth a. Rh. Den ersten Kampf gewann International (Halle) gegen Rieth, den zweiten Essen gegen Leipzig, und den Entscheidungskampf Essen — Halle gewann Essen (mit Hilfe des Ringrichters) gegen International (Halle). Meister wurde hier Essen (Protest eingelegt). — Nachmittags 3 Uhr nahmen die Ringkämpfe ihren Anfang. Dem Kampfgericht stellten sich folgende Mannschaften: Berlin, Friesenheim, Halle und Bochum. Den ersten Kampf eröffnete „Germania-Felsenfest" (Halle) gegen Bochum und blieben die Hallenser mit 9:5 Punkten gegen eine gute Mannschaft Sieger. Der nächste Kampf Berlin — Friesenheim endete unentschieden. Dies war für „Germania-Felsenfest" ein großer Vorteil, denn sie brauchten nur noch gegen Berlin und Friesenheim unentschieden zu ringen und die Meisterschaft war den Hallensern nicht mehr zu nehmen. Der nächste Gang Berlin — Bochum endete mit einem Siege der Berliner mit einem Punkte Vorsprung. Jetzt kam der Hauptkampf: Friesenheim — Halle. Die ersten beiden Gänge verlaufen unentschieden, im dritten Gang macht W. Mene (Halle) einen Sieg, während der vierte Gang unentschieden verläuft. Der fünfte Gang endete folgendermaßen: der hallische Ringer wurde durch Hüftschwung auf die Matte befördert, der halbe Oberkörper war außerhalb der Matte; von Germania-Felsenfest wurde sofort Protest eingelegt, jedoch erst nicht verhandelt und dann kurz abgewiesen. Die genaue Beschreibung würde zu weit führen. Friesenheim wurde schließlich in diesem Kampfe Sieger. Bei diesem Kampfe ließ sich der Kampfrichter (Ronneburger, Leipzig), wenn nicht mehr, so doch einen Reglementsverstoß zuschulden kommen. Zu allem kam noch eine schwere Armverletzung von K. Pfeiffer im nächsten Gang dazu, der deshalb in der 8. Minute den Kampf aufgeben mußte. Der letzte Gang endete zugunsten Friesenheims und wurden die Süddeutschen auf diese Art mit zwei Punkten Sieger über Halle. Alles wäre anders gekommen, wenn der fünfte Gang einwandfrei geleitet worden wäre. — Den nächsten Kampf lieferten sich Bochum und Friesenheim, welchen Friesenheim mit einem Punkt gewann. Jetzt betreten als letzte Germania-Felsenfest und Berolina (Berlin) die Matte. Die Hallenser verzichteten nach einigen Kämpfen zugunsten Berlins und wurde somit Berolina (Berlin) Bundesmeister vor Friesenheim, Halle und Bochum.

Im übrigen wurden ausgezeichnete Kämpfe gezeigt. Man merkte es, daß hier vier Meister um den Sieg mit Hingabe ihres ganzen Könnens kämpften. G. Wittig.

2. Kreis (ATSB.), 6. Bezirk

Fußball

Amtlich.

Die Spielführer von Sportbrüder und Gröbers und die Spieler Bebe (Sportbrüder) und Schöne (Gröbers) werden zur Vorstandssitzung am 14. Juni geladen. J. A.: Pabst.

Turnen

1. Gruppe.

Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, findet in der Turnhalle im „Volkspark" (Halle) unsere Gruppenvorturnerstunde statt. In dieser wird das Material zum Gruppenfest durchgenommen. Es ist Pflicht, daß jeder Verein vertreten ist. Nach dem Turnen ist Sitzung. Kurt Winter, Gruppenturnwart, Canena (Siedlung).

Wassersport

Die Resultate der Pfingstveranstaltungen in Wettin.

Jugendbruststafette 4×50 Meter: 1. Aschersleben in 2 Min. 50,8 Sek., 2. Halle in 2 Min. 51,2 Sek. Männerbrustschwimmen 100 Meter: 1. Jänicke (Halle) in 1 Min. 36,7 Sek., 2. O. Schmidt (Halle) in 1 Min. 37 Sek. Frauen beliebig 50 Meter: 1. H. Schulze (Halle) in 58,8 Sek., 2. E. Müller (Aschersleben) in 1 Min. 0,5 Sek. Mädchenbrustschwimmen 50 Meter: 1. Kosiol (Aschersleben) in 56,3 Sek., 2. Diener (Halle) in 57 Sek. Knabenbrustschwimmen 50 Meter: 1. Weißmüller (Aschersleben) in 56,4 Sek., 2. Kahlenberg (Aschersleben) in 57 Sek. Männerseiteschwimmen 100 Meter: 1. Schmoll (Halle) in 1 Min. 24 Sek., 2. Grob (Aschersleben) in 1 Min. 36 Sek. Jugendbrustschwimmen (14 bis 16 Jahre) 50 Meter: 1. Welle (Aschersleben) in 45 Sek., 2. Ohme (Aschersleben) in 45,2 Sek., 3. Kühlewind (Halle) in 46 Sek. Jugendbrustschwimmen (16 bis 18 Jahre) 50 Meter: 1. Larisch (Aschersleben) in 47 Sek., 2. F. Mene (Wettin) in 49,6 Sek., 3. Brunn (Halle) in 50,8 Sek. Männerrückenschwimmen 100 Meter: 1. Schmidt (Halle) in 1 Min. 36 Sek., 2. Trümpler (Aschersleben) in 1 Min. 39 Sek. Männerbruststaffel 4×50 Meter: 1. Halle in 2 Min. 56 Sek., 2. Aschersleben in 3 Min. 8 Sek. Frauenjugendbrustschwimmen 50 Meter: 1. Werner (Aschersleben) in 57,7 Sek., 2. Müller (Aschersleben) in 1 Min. 2 Sek. Vereinsmehrkampf: 1. Aschersleben 104 Punkte, 2. Halle 100 Punkte, 3. Wettin 75 Punkte. Wasserballspiel: Aschersleben (Jugend) gegen Wettin (Jugend) 1:0. Wasserball Halle gegen Aschersleben 4:0.

Die Witterung beeinflußte die Veranstaltung stark. Die Regatta mußte am Sonntag ausfallen, und am Montagfrüh traten die Wasserfahrer bereits wieder die Heimreise auf dem Wasserwege an. Die Schwimmveranstaltung fand vor 400 Zuschauern statt. Die Abendveranstaltungen in den zwei Sälen waren überfüllt. Die Veranstaltung kann trotz der schlechten Witterung als gelungen angesehen werden. Th.

2. Kreis (ATSB.), 8. Bezirk

Fußball

Nürnberg-Gleishammer I — Bitterfeld 03 4:2.

Am 2. Pfingstfeiertag weilte der Sportverein Nürnberg-Gleishammer in Bitterfeld. Die Nürnberger erfüllten die von ihnen erwarteten Leistungen voll und ganz. Nach einer kurzen Ansprache auf dem Platze begann das Spiel. Gleich zu Anfang machte sich eine leichte Ueberlegenheit von 03 bemerkbar. Schuß auf Schuß rollte auf das Nürnberger Tor, wurde aber sicher und geschickt von dem guten Nürnberger Torwart gehalten. Nun übernahm Nürnberg das Kommando und konnte durch den Halbrechten das erste Tor erzielen, kurz darauf durch Halblinks Nr. 2. Halbzeit 3:0 für Nürnberg. Nach Halbzeit war 03 wieder im Vorteil und erzielte durch den Linksaußen ein Tor. Kurz darauf sandte Nürnberg durch Leichtsinn des 03-Torwarts Nr. 4 ein. Ein Elfmeter für 03 wurde absichtlich verschossen. Nach einigem Hin und Her fiel durch den Halbrechten von 03 das zweite Tor. Die Nürnberger, welche jetzt in Hochform spielten, konnten bis Schluß nichts mehr erzielen. Die nahezu 400 Zuschauer waren Zeugen eines wirklichen Arbeiterfußballspiels.

16. Kreis (ATSB.), Märkische Spielvereinigung

Fußballresultate: Sportvereinigung II (Raundorf) — Costebrau II 4:3. — Freier Sport II (Bockwitz) — ASV. Herzberg II 4:1 (0:1). — Freier Sport I — ASV. Herzberg I 0:3 (0:1). — Freier Sport I — Dreska I 0:3. — Freier Sport II — Dreska II 1:0.

Gruppe Bockwitz. Laut Beschluß der Generalversammlung dürfen am Sonntag, dem 30. Mai, keine Veranstaltungen der Vereine des Arbeitersportkartells Bockwitz stattfinden. Für alle Vereine Teilnahme am Sportfest des ASC. Wacker (Kleinleipisch). — Die am 22. Mai im „Volkshaus" in Bockwitz abgehaltene Gruppenschiedsrichterlehrstunde war von 8 Vereinen mit 12 Kursisten beschickt. Im Interesse der Vereine ist die nächste Sitzung auf Sonntag, den 30. Mai, vormittags 8 Uhr, im Henselschen Lokal in Kleinleipisch festgelegt.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Spiele für Sonntag, den 30. Mai.

Gruppe I: Halle-Süd — Dölau 8 bis 1 Uhr. — Gruppe I: Ammendorf — Emmerich ab 9 Uhr. — Gruppe II: Schiepzig — Reideburg ab 9 Uhr. — Gruppe III: Freiheit (Halle) — Passendorf 1 bis 6 Uhr. — Gruppe IV: Nauendorf — Solidarität ab 9 Uhr. — Gruppe V: Neumark — Vorwärts (Halle) ab 9 Uhr.

Spiel vom 10. Mai.

Gruppe V: Brüderlichkeit (Halle) — Teicha 0:2 P.

Die Sportkommission. J. A.: Paul Schlotte.

Ortsgruppe Halle.

Mittwoch, den 2. Juni 1926, 7 Uhr, „Volkspark": Vollversammlung. Infolge wichtiger Beschlüsse ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich. P. Antem.

Arbeiter-Sportkartelle

Halle.

Vorstandssitzung heute, Donnerstag, abend 8 Uhr in der „Kette".

Aus dem Reiche

Die Handball-Bundesmeisterschaften im Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund werden am 13. Juni ausgetragen. Dazu kommen die Verbandsmeister des Ost-, Nordwest-, Mittel-, Süddeutschen und Deutsch-Oesterreichischen Verbandes zusammen. Nach längerer Pause nehmen diesmal die österreichischen Sportfreunde daran teil. Als Vertreter Mitteldeutschlands sehen wir den vorjährigen Bundes- und Olympiameister. Die Spielstärke anderer Verbände hat sich gewaltig gehoben, und so werden zum Meisterschaftstreffen neue spielstarke Mannschaften um den Erfolg kämpfen.

Die Wasserfahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund werden ihren Reichssporttag mit Rücksicht auf die erste Kölner Ruderregatta der Arbeiterwassersportler in der Zeit vom 6. bis 9. August in Köln abhalten.

Vereinsmitteilungen

Die Aufnahme in diese Rubrik erfolgt zu den mit den Arbeitersportvereinen vereinbarten Preisen.

Ballspielklub Giebichenstein. Spiele für Sonntag, den 30. Mai 1926: 1. — Teuchern I ½5 Uhr Peißnitz. 2. — Teuchern II 2 Uhr Peißnitz. 3. — Viktoria III 2 Uhr Sandanger. Jgd. — Teuchern Jgd. ½6 Uhr Peißnitz. Sportl. — Schkeuditz Sp. ¼4 Uhr Peißnitz. — Sonnabend, den 29. Mai 1926: Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Beiträge zum Reichsarbeitersporttag Sonnabend bezahlen. (3342

Athletik-Vereinigung „Germania-Felsenfest", Halle. Am Freitagabend nach der Uebungsstunde: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen, da wichtige Besprechung. (3339

HFC. Minerva 09, Halle. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere fällige Mitgliederversammlung am Freitag, dem 28. Mai, stattfindet. (3350

ASC. Halle. Handball: Sonnabend, den 29. Mai, im „Volkspark": Mannschaftsversammlung sämtlicher Mannschaften. Unentschuldigtes Fehlen wird statutengemäß bestraft. Schüler treffen sich zum Spiel in Wörmlitz um ½11 Uhr Böllberger Weg (Endstation der Linie 6). (3351

Freier Wassersportverein, e. V., Halle. Am Sonnabend, dem 29. Mai, abends 7½ Uhr, in der Prod.-Gen., Versammlung. Die Kanuabteilung hat restlos zu erscheinen. Sehr wichtige Tagesordnung. Das Geld für L... ist auch mitzubringen. D. V.: K. Oertel. (3354

Expander-Klub „Othello", Halle. Heute, Donnerstag, sowie Sonnabendabend 7 Uhr haben alle Mitglieder, welche zum Expanderziehen für den Reichsarbeitersporttag vorgemerkt sind, pünktlich auf dem Platze zu erscheinen, auch bei schlechtem Wetter. (3340

Sportbriefkasten.

HFC. Minerva. Die Aufnahme der Resultate kann nicht mehr erfolgen, da sie verspätet und nicht durch die Berichterstatterzentrale eingesandt worden sind.

Berichtigung.

In der Angelegenheit Gastwirt Weinrich-Oertel haben wir bisher die Entschließung des HFC. Minerva und eine Entgegnung des Kartellvorsitzenden Oertel veröffentlicht. Wir stellten uns dann auf den Standpunkt, daß, nachdem beide Seiten zu Worte gekommen waren und Aussage gegen Aussage stand, eine weitere Stellungnahme in der Presse bis zur endgültigen Klärung, die in der nächsten Kartellsitzung erfolgen soll, dem Arbeitersport nicht dienlich wäre. Wir erhalten jedoch jetzt eine Zuschrift des Sportgenossen Max Weinrich von HFC. Minerva, in der dieser unter ausdrücklicher Berufung auf § 11 des Preßgesetzes die Aufnahme einer Berichtigung verlangt. Infolgedessen sind wir gezwungen, dieser Raum zu geben. Wir möchten aber gleichzeitig an alle Beteiligten dringend appellieren, weitere Zuschriften bis zur Kartellsitzung zurückzustellen. Die Berichtigung lautet:

„Auf die am 19. 5. 26 erschienene Erklärung des 1. Vorsitzenden des Arbeitersportkartells Karl Oertel sen. habe ich folgendes zu erwidern: In der Kartellsitzung am 11. 5. 26 sagte Sportgenosse Oertel wörtlich: „Der junge Weinrich hat sich meiner Frau gegenüber geäußert, als diese mit der Liste vom Freien Wassersportverein vorsprach: „Für Sport habe ich nichts übrig!" Worauf meine Frau erwiderte: „Wenn die Sportler vom Stadion kommen und versaufen ihr Geld bei Ihnen, dann ist es gut." Diese Ausführungen sind glatt erfunden. Mir wurde im Beisein eines Zeugen von Frau Oertel erklärt, daß weder von mir noch von Frau Oertel derartige Redensarten in meinem Lokal gebraucht seien. Weiter gelogen ist, daß ich zu Oertel gesagt habe: „Weil Ihre Frau so anständig gekommen ist, glaubte ich, daß die Sammlung für einen bürgerlichen Verein sei." Ich habe dagegen gesagt: „Im Gegenteil, ich habe mich mit Ihrer Frau sehr anständig unterhalten." Auch diese Unterhaltung hat im Beisein eines Zeugen stattgefunden. Daraus ist offen ersichtlich, daß Oertel derjenige ist, der meiner Ansicht nach wissentlich Gespräche verdreht wiedergibt. Max Weinrich. Mitglied des HFC. Minerva 09."

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuill.: i. V. G. Kaspar; für Lokales und Kommunalpolitik: i. V. Alfred Wielepp; für den Sportteil, Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hergt; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Alle Gummiwaren zu mäßigen Preisen im Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Halle a. S., Große Steinstraße 81

Paul Schäfer – Döllnitz
Gärtnerei 3305
empfiehlt sich den Gewerkschaften und Vereinen zur Lieferung von
Topfpflanzen, Sträußchen
in bekannter Güte bei festlichen Veranstaltungen

Schlüsselbund verloren!
Gegen 10 Mk. Belohnung bei Rudolf Mosse, Brüderstr. 4, abzugeben. 3363

Die gute 6-Pfg.-Zigarre bekommt man bei Hugo Thomas Zigarrenfabrik Merseburg Oelgrube Nr. 5 3203

Halt! Kleine Anzeigen wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Ueber 1000 Fahrräder haben wir disponiert!
Von 15 Mk. Anzahlung an erhalten Sie erstklassige FAHRRADER bei 3 Mark wöchentlicher Raten-Zahlung sofort geliefert von 78 Mk. an
Hallescher Fahrzeug-Vertrieb
Nur Große Ulrichstrasse 25 Nur
Ammendorf, Hallesche Str. 34
Merseburg, Ober-Burgstraße 5. 3357

Verdingung.

Die Erd- und Maurerarbeiten, die Zimmerarbeiten und die Dachdeckerarbeiten, einschließlich Lieferung der erforderlichen Materialien, für den Neubau eines Sechsfamilien-Wohnhauses Sangerhäuser Straße 25, hierselbst, sollen vergeben werden. Hierzu ist Verdingungstermin auf Donnerstag, den 3. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, im Stadtbauamte, Herrenstraße 10, Zimmer 14, angesetzt. Angebote sind auf vorgeschriebenem Formular verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu dem angegebenen Termine nach dem Stadtbauamte einzureichen, woselbst auch Angebotsformulare gegen eine Gebühr von 1,— Mk. je Stück entnommen und die sonstigen Unterlagen eingesehen werden können. 3343

Eisleben, den 26. Mai 1926.

Der Magistrat.

„Lachen links"
Das Witzblatt der Republik!
Preis 25 Pfennig :: ::: Zu beziehen durch
Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr.
Bitterfelder Volksbuchhandlung, Steinstr. 3

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Dienstag, dem 25. Mai 1926:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	90	65	86	56–[illegible]
Bullen	91	77	88	
Kühe	92	58	85	
Jungrinder	80	75	80	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	110	95	108	
Lämmer und Masthammel	105	100	100	
Schafe	95	70	95	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	100	95	100	

Wegen vorgerückter Saison gewähre ich trotz meiner billigen Preise bis auf weiteres 5 bis 10% Rabatt anerkannt prima Qualitäten Tuchhaus Hinze Gr. Steinstraße 1 (Nähe Markt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260527-19/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Der Volksentscheid — auch eine Kulturfrage.

Mit Recht haben bereits beim Volksbegehren Millionen mit ihrer Namensunterschrift kundgegeben, daß das System des Monarchismus erledigt ist. Jetzt stehen wir vor der großen Entscheidung.

Warum muß jede Frau sich am Volksbegehren beteiligen? Tausend Gründe könnten angeführt werden. Man ist bereit, Millionen den Fürsten zu schenken, aber wichtigste Kulturforderungen können aus Geldmangel nicht erfüllt werden.

Den Aufstieg der Begabten zu fördern, war immer das Streben der Sozialdemokraten. Zu diesem Zweck entstanden in Preußen Aufbauschulen, die den Volksschülern ermöglichen, in fünf Jahren die Reifeprüfung abzulegen. Ganz gewiß ein Fortschritt. Aber es fehlt an den so bitter nötigen Erziehungsbeihilfen, denn wer kann einen achtzehnjährigen Jungen oder ein über sechzehn Jahre altes Mädchen noch zur Schule gehen lassen, ohne ausreichende Hilfe des Staates.

Wir brauchen Schülerheime für die begabten Kinder vom Lande. Kein Landarbeiter kann heute ein Kind in die Stadt zur Schule schicken. Der Rittergutsbesitzer will den Fürsten zwar Geld und Grundbesitz geben. Ich habe aber noch nie gehört, daß ein Rittergutsbesitzer mal das begabte Kind eines Landarbeiters in die Stadt zur Schule geschickt hat. Diese Kreise zahlen nicht gern. Die Fürstenabfindung geht ja auf Kosten des Volkes, und die arbeitenden Massen werden die Leidtragenden sein.

Wenn wir die zwanzig Millionen Stimmen für den Volksentscheid nicht aufbringen, werden mehr noch als bisher alle Kulturforderungen abgelehnt werden.

Wir pflegen dem Kultusminister zu sagen: die Leistungen der Volksschule müssen gehoben werden, denn die Kultur des Volkes hängt aufs engste zusammen mit den Grundsteinen der Volksschulbildung. Deshalb fordern wir kleine Klassen, gut vorgebildete Lehrer, luftige gesunde Schulräume, Schülerheime draußen im Wald, alle Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Jugend. Dann packt der Kultusminister die Achsel und verweist an den Finanzminister, der natürlich zugeknöpfte Taschen hat. Das wird sich noch vielmehr verschärfen, wenn wir den Volksentscheid nicht durchringen. Die große Masse des Volkes wird zu zahlen haben. Liberal, besonders aber auf dem Gebiet der Kultur werden die Felder gesperrt werden, und die Steuern der Arbeitnehmer werden nur dazu dienen, die Fürsten zu befriedigen.

So bedeutet der Volksentscheid eine wichtige Kulturfrage, und keine Frau darf am 20. Juni den Volksentscheid versäumen.

Toni Jensen, M. d. L.

Worte von Ellen Key.

Die körperliche Züchtigung hat den Charakter, den schon Comenius treffend angab, wenn er den Erzieher, der zu diesem Mittel greift, mit einem Musiker vergleicht, der sein ungestimmtes Instrument mit Fäusten bearbeitet, statt Ohr und Hand zu brauchen, um es zu stimmen

Auf all die ungähligen feinen Prozesse im Seelenleben des Kindes, auf die dunklen, zusammengesetzten Verläufe, die bebenden, empfindlichen Gefühle wirken diese brutalen Eingriffe zerstörend, verwirrend und deshalb ohne alle seelische, erzieherische Macht.

Um wirklich zu erziehen, muß in erster Linie nach den zwei, drei ersten Lebensjahren der bloße Gedanke an einen Schlag aus den Möglichkeiten der Erziehung ausgelöscht werden. Am besten ist es, wenn die Eltern schon vor der Geburt des Kindes an beschließen, niemals zu Schlägen zu greifen. Denn wenn sie mit dem neuenen Mittel anfangen, sehen sie es dann oft gegen ihren früheren Vorsatz fort, weil sie es versäumt haben, während des Gebrauchs der neuenen Methode ihre Intelligenz zu entwickeln.

Mit einem Menschen, der dies nicht einsieht, fällt es mir ebenwenig ein, von Erziehung zu sprechen, wie es mir einfallen würde, mit einem Kannibalen von der Friedensfrage zu reden.

(„Das Jahrhundert des Kindes.")

Eheform in Oesterreich.

Man wird die wichtige Kulturarbeit, die die Sozialdemokratie in Oesterreich zu vollbringen hat, nicht voll begreifen, wenn man nicht auch den Kampf verfolgt, den die Parteigenossen dort um eine Modernisierung des Eherechts führen müssen und der jetzt durch die reaktionäre Einstellung des Obersten Gerichtshofes in ein akutes Stadium getreten ist. Oesterreich ist vielleicht der einzige Staat, in dem das katholische Eherecht noch gilt, wie es die Kirchengesetzgebung vergangener Jahrhunderte ausgebildet hat. Der bürgerliche Freisinn, der im Jahre 1867 nach der Katastrophe von Königgrätz zur Herrschaft kam, wollte die Bundesgenossenschaft der Kirche gegen das Proletariat, das damals bereits seine ersten politischen Gehversuche machte, nicht missen. Er hat sich deshalb damit begnügt, die Notzivilehe einzuführen und die Ehegerichtsbarkeit den Bischöfen zu entziehen, im übrigen aber das katholische Eherecht in Kraft gelassen, wie es durch das Bürgerliche Gesetzbuch des Jahres 1811 und durch die Dekrete aus der absolutistischen Zeit festgelegt war. So muß die Ehe vor dem Seelsorger geschlossen werden und nur, wenn dieser aus einem staatlich nicht anerkannten Grunde die Eheschließung verweigert, ist die Notzivilehe zulässig. Das ist aber nur ein seltener Ausnahmefall, und die Ehe ist, wenn auch nur der eine Ehegatte katholisch ist, unauflöslich. Wohl sind die Scheidungen von Tisch und Bett nicht selten, aber den Geschiedenen ist nicht nur die Wiederverheiratung untersagt, sondern sie sind sogar weiterhin zur ehelichen Treue verpflichtet, da ja ihre Ehe „dem Bande nach" noch besteht. So hat die „Unauflöslichkeit der katholischen Ehe" zwar nicht dazu geführt, daß die katholischen Ehen dauerhafter wären als die nichtkatholischen — da ja die Scheidung sehr leicht möglich, bei Einverständnis beider Ehegatten sogar ohne jeden Grund zulässig ist, wohl aber dazu, daß die Zahl der wilden Ehen von katholisch Geschiedenen sehr groß ist.

Durch den Krieg und die vielen leichtfertigen Kriegstrauungen sind diese Mißstände noch viel schwerer geworden, so daß jetzt hunderttausende Geschiedene, denen das katholische Eherecht die Wiederverheiratung verwehrt, in erzwungenem Konkubinat leben. Wiederholte Versuche nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch bürgerlicher Abgeordneter, das Eherecht nicht etwa durch Einführung der Zivilehe auf eine moderne Grundlage zu stellen, aber doch durch Zulassung der Wiederverheiratung geschiedener Katholiken von seinen Unmenschlichkeiten zu befreien, sind vor wie nach dem Kriege, zum letztenmal im Jahre 1919, an der Feigheit der bürgerlichen Nichtklerikalen gescheitert. Als nun nach dem Umsturz die Sozialdemokraten in Niederösterreich die Landesregierung in die Hand bekamen, schafften sie, wenn es schon nicht auf gesetzlichem Wege möglich war, doch in der Praxis Abhilfe. Sie erteilten auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches, das die „Nachsicht vom Ehehindernis" in die Befugnisse der Landesverwaltungen legt, den geschiedenen Katholiken Dispens und ermöglichten ihnen so, gleich den Nichtkatholiken, die Schließung einer neuen Ehe. Zehntausenden katholischer Männer und Frauen, die in der ersten Ehe Schiffbruch erlitten hatten, ermöglichte so der sozialdemokratische Landeshauptmann von Niederösterreich, Genosse Seyer — daher der Name Seyer-Ehen —, und ebenso, nach der Abtrennung Wiens als eines selbständigen Bundeslandes, der Wiener Bürgermeister die Wiedergründung einer Familie. Zehntausende Konkubinate verwandelten sie dadurch in gesetzliche Ehen; zehntausenden Kindern verschafften sie die Rechte ehelicher Kinder.

Es liegt der Sozialdemokratie fern, der katholischen Kirche einen Gewissenszwang zuzumuten. Nie wurde verlangt, daß der katholische Geistliche eine Ehe, die durch den Dispens von dem katholischen Ehehindernis zustande kommt, eingehe. Für diesen Fall ist eben die Notzivilehe am Platze. Ueberdies haben altkatholische und protestantische Geistliche bisher immer, wenn jemand auf den kirchlichen Segen für seine Dispensehe Gewicht legte, ihre Dienste zur Verfügung gestellt. Aber die katholischen Bischöfe und namentlich der Wiener Erzbischof begannen nun eine Hetze gegen diese Dispensehen, und die klerikalen Vereinigungen organisierten den Feldzug, indem sie die Gültigkeit der Dispensehen bei Gericht anfechten. Nachdem anfänglich die Gerichte diese Ehen als gültig erklärt hatten, da nach dem klaren Wortlaut des Bürgerlichen Gesetzbuches die Entscheidung über Ehedispens in die Kompetenz der Landesverwaltungen fällt, ist es den persönlichen Beziehungen des Kardinals Piffl gelungen, den Obersten Gerichtshof dazu zu bestimmen, daß er den Dispens vom Ehehindernis als unzulässig erklärte, da dieses Ehehindernis „unbehebbar" sei, obwohl das Gesetz keinen derartigen Unterschied macht und die Kommission, die das Bürgerliche Gesetzbuch entworfen hat, in den Beratungen einen solchen Unterschied ausdrücklich abgelehnt habe, weil die Landesbehörde ja Garantie biete.

Seit dem Jahre 1921, in dem der Oberste Gerichtshof zum erstenmal diese Entscheidung gefällt hatte, an die er sich auch bis heute hält, hat man Gelegenheit gehabt, die unmoralischen Wirkungen dieser Entscheidung zu erkennen. Wiederholt — erst in den letzten Tagen wieder — haben die unteren Instanzen erklärt, daß die Anfechtung einer Dispensehe durch den früheren Ehegatten nur der Erpressung diene, daß sie aber an die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gebunden seien. Die Klerikalen wollen jedoch von ihrem Anspruch nicht lassen. Die Sozialdemokratie hat durch ihren unermüdlichen Kampf gegen die Unsittlichkeit des bestehenden Eherechts die ganze Oeffentlichkeit von der Unhaltbarkeit des herrschenden Zustandes überzeugt, so daß bis weit in die Kreise der Christlichsozialen die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit der sozialdemokratischen Forderung sich gefestigt hat.

G. P.

Eine treue Seele.

In der pommerschen „Gollnower Zeitung" veröffentlicht „Eine deutsche Frau" ihre „Gedanken am 27. Januar". Die Kenntnisse der deutschen Frau scheinen nicht ganz auf der Höhe zu sein, denn sie behauptet, Wilhelm II. habe „die deutschen Kolonien erworben". Der herzerweichende Artikel der „deutschen Frau" — ach, warum verschweigt dies Musterexemplar ihren Namen! — lautet:

„Wir Frauen lassen Verstand und Herz sprechen, deshalb treibt es mich heute, für den Treuen einzutreten. Wie schwer ist es für diesen Menschen, der mit jeder Faser an seinem Lande hängt, dessen große Lebensaufgabe die Führung unseres deutschen Volkes war, daß er nun, noch rüstig und rege, wie er ist, seines ganzen Lebenszweckes und Inhaltes beraubt ist! Ihn quält die Not des Landes, nicht denkt er, daß er nicht mehr herrschen kann! Es ist nicht sein Ehrgeiz, der ihn quält, nein, er trägt die entsetzliche Sorge um uns Deutsche in seinem Herzen. Mein inniger Wunsch ist es, daß es ihm vergönnt sein möge, eine bessere Zeit für sein Volk heraufziehen zu sehen; das würde ihm das schönste Geschenk sein. Vielleicht besinnt sich unser Volk doch einmal darauf, was es seinen Hohenzollern schuldig ist, und findet sich zurück zu dem letzten von ihnen, der wohl unsere Achtung und Liebe verdient. Ich grüße Dich, Du Ferner, und gelobe Dir Treue, die nicht wanken soll!"

Da bleibt kein Auge trocken! „Die Führung unseres deutschen Volkes" — allerdings: „herrlichen Zeiten entgegen!" Alle Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, alle Kleinrentner denken seiner — der noch „rüstig und rege" ist — mit Tränen in den Augen!!

„Was es seinen Hohenzollern schuldig ist"? Siebenhundert Prozent Aufwertung vielleicht? Das Volk wird sich bedanken!

„Dem letzten von ihnen . . ." Das ist ein wahrer Trost, daß „Willi" der letzte und ohne Land ist. Er würde es nochmals ruinieren. . . .

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen**
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig 2868
1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰, 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh.: Georg Ritter, Gr. Steinstr 76.

Geschenke in Uhren, Gold- und Silberwaren sowie Trauringe moderne Fassons, kauft man reell und billigst bei **Amand Weiss,** Kleinschmieden 6 gegenüber Alex Michel

Verlorene Seelen.

23 Kriminalroman von Hans Hyan.

(Nachdruck verboten.)

Der Chauffeur fuhr die Kurfürstenstraße hinab, in der der Amerikaner seine kostspielige Wohnung hatte, durch den regen Verkehr der Potsdamer- und Leipziger Straße dahin, aber Mr. Green war so in Gedanken versunken, daß er fast erschrocken aufstand, als das Auto am Köllnischen Fischmarkt hielt.

Er ging die Fischerstraße hinunter, langsam und bequem, wie jemand, der viel Zeit hat. Plötzlich war er verschwunden, er mußte in eins der letzten Häuser eingetreten sein.

Etwa eine Stunde später trat aus der Tür eines der baufälligen Häuschen, welche der Straße „Neu-Kölln am Wasser" ein so veraltetes Gepräge geben, jemand heraus, den man geneigt war, für einen Bureaubeamten zu halten.

Er hatte einen schlenkrigen Gang und trug einen abgeschabten Sommerüberzieher von einem fast altertümlichen Zuschnitt. Um den vergilbten Halskragen hatte er ein schmales Seidenbändchen, wie sie vor Jahren einmal Mode waren, geschlungen, und der Hut war regenverwischen und hatte abgegriffene, fleckige Ränder.

Die ganze Erscheinung hatte etwas von einem Aktenwurm. Als er bei ein paar kleinen Jungens vorüberkam, schrien die:

„Jott, hat der schiefe Haken!"

Der Mann sah sich nach den Kindern um und lächelte.

Er ging, mit den Armen schlenkernd durch die Roßstraße, über den Molkenmarkt, die Spandauer Straße entlang, bog dann in die Königstraße ein und steuerte dann, den Alexanderplatz überschreitend, geradenwegs auf das Polizeipräsidium los.

An der Ecke fragte er einen Schutzmann nach dem Bureau des Kriminalkommissars Blau und begab sich, von diesem zurechtgewiesen, in die bezeichnete Etage hinauf.

Dort fragte er wieder einen Beamten und trat nach abermaliger Auskunft, auf das laute Herein, das seinem Anklopfen folgte, in ein großes helles Gemach, in dem an einem mit Akten voll bedeckten Arbeitstisch ein Mann von ungefähr vierzig Jahren saß.

Der Ankömmling machte eine feierliche Verbeugung und sagte „Guten Tag!"

Der Kommissar, ein Mann von gedrungener Statur und scheinbar großer Körperkraft, erhob sich und sah den anderen mit seinen unter starken Wimpern lauernden Augen scharf an.

„Sie wollten mich sprechen?"

„Ja, ich habe dem Herrn Kommischär eine wischtige Mitteilung zu machen."

Der im braunen Ueberrock sprach mit einem, allerdings nur geringen Anhauch von Berlinischem Dialekt. Sein beim Sprechen nach rechts verzogener Mund erweckte den Eindruck, als lutsche er fortwährend an einem Bonbon.

In augenscheinlicher Verlegenheit drehte er seinen Hut in den in baumwollenen Handschuhen steckenden Händen, und der Beamte sah, daß der vor ihm stehende eine glattgescheitelte, schwarze, nebenbei recht schlecht gemachte Perücke trug; an den Ohren kam sogar noch etwas von dem eigenen Haar zum Vorschein.

„Sie wollen mir eine Mitteilung machen?" sagte der Kommissar, kein Auge von seinem Gegenüber wendend.

„Dann bitte, vor allen Dingen Ihren Namen und Adresse!"

Der Mann in braunen Rock antwete ein paarmal tief; darauf sagte er, augenscheinlich schwer bedrückt:

„Geht esch denn nisch ohnedem? — isch möschte nisch, dasch mein Name in Schubjammenhang gebracht wird mit dem wasch isch schu djagen habe."

„Bedauere," erwiderte der Kommissar, „das geht nicht!"

„Dasch dut mir leid," meinte der andere. Und so ganz leicht hin setzte er hinzu:

„Esch handelt sisch nämlich um den Mord in der Templiner Schtrasche.

„Ja, um aus diescher Scheit habe isch gewische Bekannischaften, lich vollkommen ruhig.

„Sie, um den Mord an dem Pfandleiher Zieger? Sie glauben, daß Sie mit darüber eine Angabe machen könnten? Ja, sagen Sie mal, warum wollen Sie denn aber Ihren Namen nicht sagen? Wir können doch schließlich nicht über jede Geschichte, die uns Hinz und Kunz zuträgt, Recherchen anstellen und unsere Zeit vertrödeln!"

Der im braunen Ueberrock druckte und druckte.

Schließlich sagte er mit gepreßter Stimme:

„Isch habe früher mal — vor langer Scheit — Unglück gehabt, Herr Kommischär.

„Aha", nickte der Beamte, „also auch schon mal übern Berg gewesen! (im Gefängnis gesessen).

Der andere nickte.

„Ja, un aus diescher Zeit habe ich gewische Bekannischaften, denen isch die Kenntnisch deschen verdanke, wasch isch Ihnen dschu djchagen hätte. Einmal möscht isch nu nisch, dasch isch dasch —"

„Sie wollen nicht, daß bei einer Gerichtsverhandlung Ihr Name genannt wird?"

„Ja, ja, und dann — dann fürscht isch misch auch ein bischen — der Betreffende hat doch auch dsheine Freinde, un wenn man da mal einsch djönen Abends einsch übern Kopf kriegt, da kann einem die Polizei auch nisch helfen!"

„Hm". Der Beamte dachte nach.

„Na, also zur Sache. Was wollen Sie mir denn sagen?"

Der Mann in dem braunen Rock holte ein Zeitungsblatt aus der Tasche und deutete auf den Bericht über die Mordtat.

„Hier schteht doch, dasch man auf dem Tatort ein kleinesch Medaillon gefunden hat, dasch aus einer in Djilber gefaschten Schildkrötenschale beschteht, nisch wahr?"

„Allerdings!"

„Na, un isch kenn einen Menschen, der damalsch wenigstensch solsches Medaillon beschessen hat."

Der Mann sprach mit einer gewissen Anstrengung.

Der Beamte achtete darauf aber gar nicht, die Geschichte mit dem Schildkrötenmedaillon hielt ihn viel zu sehr gefangen.

Er überlegte: wenn wirklich der Mensch gefunden wird, dem das Medaillon nachweislich gehört, dann hab' ich den Mörder! Dann ist die Belohnung mein, da dieser Mann nicht genannt sein will, und die Beförderung zum Kriminalinspektor ist mir außerdem sicher — also lassen wir dem hier mal sein Incognito und sehen zu, was an der ganzen Sache dran ist."

„Können Sie mir das Medaillon mal genau beschreiben, Herr — ich weiß wirklich nicht, wie ich Sie nennen soll!"

„Djagen Sie Martin, Herr Kommischär!"

„Also, Herr Martin, beschreiben Sie das Medaillon mal, so gut Ihnen das aus der Erinnerung möglich ist."

„Djehr wohl, Herr Kommischär! Esch war etwa scho grosch wien Taler — un die Schildkrötenschale war escht — djo mit feinen gelben Punkten. Dasch gansche war mit Djilber eingefascht und die Beine und der Kopf von der Schildkröte, die waren auch ausch Djilber. Esch war djehr hübsch gemacht un djah genau djo, wie 'ne richtige Schildkröte ausch."

Der Beamte kraute, ohne ein Wort zu sagen, seinen grau melierten Kinnbart.

Er war verblüfft. Das Medaillon, das in seinem Schreibtisch lag, war tatsächlich genau so, wie der im braunen Rock es eben beschrieben hatte.

„Und wissen Sie den Namen des Menschen?"

„Jawohl — aber Herr Kommischär müssen mir erscht versschprechen, dasch mein Inkognito gewahrt bleibt."

„Mein Wort darauf."

„Er heischt Walther Gralle, aber djo nennen djie ihn nischt."

„Na, wie denn?"

„Der lahme Hugo."

„Hugo? Warten Sie mal, Hugo — nee, den kennen wir nicht. Ist er denn in Berlin?"

„Isch denke."

„Na, die Hauptsache: können Sie ihn uns in die Hände liefern?"

„Ja".

Der Beamte sah den Mann im braunen Rock durchdringend an, und dieser betrachtete ihn ebenfalls gespannt durch die bläulichen Gläser seiner Stahlbrille.

„Und was verlangen Sie dafür?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192605 27-19/fragment/page=0008